Abend-Ausgabe

Preis 20 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Mittwoch eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht“, „Kraft und Stoff“, „Der Weltverkehr“, „Frau und Welt“, „Lehren und Lernen“, „Reisen und Wandern“. Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 4783-88.

Mittwoch, 4. Mai 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12,—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5980-88.

Nr. 207
B 29

Tages-Spiegel.

Die Reparationskommission hat unter dem 3. Mai eine Note an die Kriegslastenkommission gerichtet, in der sie erklärt, Deutschland habe in verschiedenen Punkten gegen den Friedensvertrag verstoßen.

*

Nach „Daily Telegraph“ wird Marschall Foch heute vormittag und Briand heute nachmittag aus London abreisen.

*

In der gestrigen Sitzung hat Lloyd George es durchgesetzt, daß die geplante Marineaktion gegen die deutschen Häfen vorläufig unterbleibt.

*

Von seiten der Interalliierten Kommission sind scharfe Maßnahmen zur Unterdrückung des Polenaufstandes in Oberschlesien getroffen worden. An verschiedenen Stellen erfolgten blutige Zusammenstöße der Ententetruppen mit den Aufrührern.

Die Absichten des Obersten Rates.

So bedauerlich an sich die Ablehnung Amerikas auch ist, der Notenwechsel mit den Vereinigten Staaten bringt immerhin Klarheit darüber, daß Deutschland in der Frage der Reparation ganz auf sich gestellt ist. Dieser Meinungsaustausch hat es Deutschland auch ermöglicht, zu zeigen, daß es gewillt ist, die Entschädigungen ohne jeden Vorbehalt zu leisten, und zwar bis an die äußersten Grenzen seiner Wirtschaftskraft.

Soweit die künftige Entwickelung vorausgesehen werden kann, dürfte die Wiederherstellungsfrage nunmehr auf ihren Ausgangspunkt zurückgeführt werden. Das zeigen die ersten Beschlüsse, die von den Alliierten auf der Londoner Konferenz anscheinend bisher gefaßt worden sind. Deren Hauptlinien sind in einem Bericht erschienen, den Havas verbreitet hat und der heute durch eine Meldung des „Temps“ ergänzt ist. Diese neuen Forderungen von London scheinen sich auf den Grundlagen der ersten Vorschläge von Paris aufzubauen, zu einzelnen Punkten wird der deutsche Gegenvorschlag von London und das letzte Angebot Deutschlands an Amerika einigermaßen herangezogen. Die Basis bilden aber nach wie vor die Pariser und Londoner Beschlüsse im Zusammenhang mit der vom Wiederherstellungsausschuß festgesetzten Summe von 132 Milliarden Goldmark.

Im einzelnen ist zu bemerken, daß drei Raten vorgesehen sind. Die erste Rate wird auf 12 Milliarden Goldmark bemessen und soll in den Jahren 1921 und 1922 gezahlt werden. Gleichzeitig wird Deutschland eine zweite Rate auferlegt, deren Kapitalwert auf 38 Milliarden Goldmark festgesetzt ist. Diese Rate ist vom 1. Januar 1921 an zahlbar. Die gesamte zahlbare Entschädigung beläuft sich demnach auf 50 Milliarden Goldmark. Das würde dem Angebot entsprechen, das Deutschland an Amerika gerichtet hat. Aber dazu kommt noch eine dritte Rate in Höhe von 80 Milliarden Goldmark. Die Gesamtsumme dieser drei Raten ergibt also 130 Milliarden Goldmark. Es ist ersichtlich, daß damit die Forderungen der Reparationskommission, die bekanntlich auf 132 Milliarden Goldmark beziffert ist, annähernd erreicht wird. Die Differenz von zwei Milliarden kann eine doppelte Erklärung finden. Es besteht die Möglichkeit, daß die Entente eine geringere Summe in Ansatz gebracht hat, mit der sie eine Revision der Bewertung der bisherigen deutschen Leistungen und Lieferungen vornehmen könnte. Bekanntlich werden diese Leistungen von der Gegenseite auf nur acht Milliarden Goldmark beziffert, während die deutsche Rechnung einen Wert von 20 Milliarden Goldmark veranschlagt hat. Andererseits ist es denkbar, daß diese Differenz zusammenhängt mit den Fragen der Anrechnung der deutschen Lebensmitteleinkäufe und der Besatzungskosten für das Rheinland.

Während die beiden ersten Raten in Höhe von 50 Milliarden Goldmark zahlbar gestellt sind, ist die dritte Rate von 80 Milliarden Goldmark gleichsam als ein künftiger Rechtstitel vorbehalten. Diese 80 Milliarden sollen erst gefordert werden, wenn die Lage auf dem internationalen Geldmarkt und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands es zulassen. Irgendwelche näheren Angaben über die Verzinsung und die Amortisation dieser Summe liegen nicht vor. Man dürfte nicht fehlgehen in der Annahme, daß diese Rate ein Aequivalent darstellen soll für den sogenannten deutschen Besserungsschein.

Im Prinzip ist dieser Aufbau der Londoner Beschlüsse den Bestimmungen des Friedensvertrages angepaßt. Im Art. 235 des Vertrages und gemäß § 12 der Anlage 2 zu Teil 8 sind gleichfalls drei Raten vorgesehen. Als erste Rate sind bis zum 1. Mai 1921 die umstrittenen 20 Milliarden Goldmark angesetzt. Die zweite Rate, die vom 1. Mai 1921 zahlbar gestellt ist, ist auf 40 Milliarden Goldmark festgesetzt. Deutschland hat von diesem Zeitpunkt ab diese Summe sowie die Restsumme aus der ersten Rate zu verzinsen und zu amortisieren. Schließlich fordert der Friedensvertrag als dritte Rate einen schriftlichen Verpflichtungsschein über 40 Milliarden Goldmark. Die Zahlung sowohl als auch die Verzinsung dieser Rate können nur dann erfolgen, wenn die deutsche Zahlungsfähigkeit das zuläßt.

Was nun des näheren die Zahlungsbedingungen betrifft, unter denen die beiden ersten Raten, also die 12 und 38 Milliarden Goldmark, abgetragen werden sollen, so gibt der Bericht von Havas nur die ersten Anhaltspunkte. Es muß angenommen werden, daß die erste Rate von 12 Milliarden Goldmark, die sofort mobilisiert werden soll, auf dem Wege über eine internationale Anleihe aufgebracht wird. Wenn ein Zinssatz einschließlich der Amortisationsquote von acht Prozent angesetzt wird, so beträgt die Jahresleistung Deutschlands 960 Millionen Goldmark. Die zweite Rate von 38 Milliarden Goldmark, die am 1. November 1921 ausgegeben werden soll, ist von diesem Zeitpunkt ab mit 2½ % zu verzinsen und zu amortisieren, d. h. also, es wird Deutschland hieraus eine Jahreslast von 950 Millionen Goldmark erwachsen. Das ergibt also eine gesamte Jahresleistung für Deutschland von 1910 Millionen Goldmark für die Jahre 1921 bis 1926. Diese Gesamtlast erhöht sich von 1926 an, weil die 38 Milliarden Goldmark alsdann mit 5 % zu verzinsen und zu amortisieren sind. Das bedeutet wiederum einen Zuschlag von 950 Millionen Goldmark. Somit würde die gesamte deutsche Leistung von 1926 ab auf 2860 Millionen Goldmark zu beziffern sein.

In einem Punkte wird auf die deutschen Vorschläge an Washington bezug genommen, nämlich hinsichtlich der Art, wie die eine Milliarde Goldmark, die von der Reparationskommission gefordert worden ist, beglichen werden soll. Freilich hat der Wiederherstellungsausschuß jetzt aus der Weigerung Deutschlands, eine Milliarde Gold nach Paris abzuführen, die gar nicht der deutschen Regierung, sondern der ein Privatinstitut darstellenden Reichsbank gehören, eine Verfehlung gegen den Versailler Friedensvertrag festzustellen gesucht.

Sehr bedenklich erscheint das, was London hinsichtlich der Ausfuhrabgabe von 25 Prozent plant. Im Zusammenhang damit und mit den immer wiederkehrenden Behauptungen der Franzosen, Deutschland schaffe sich künstlich ein Defizit, steht das Bestreben, einen interalliierten Kontrollausschuß in Deutschland einzusetzen, der das gesamte Wirtschaftsleben und auch die staatlichen Ausgaben der deutschen Regierung beaufsichtigen soll. Noch aber liegt keine endgültige Entschließung der Londoner Tagung des Obersten Rates vor. Das Ergebnis, das gestern abend erwartet wurde, wurde zunächst auf heute verschoben. Jedenfalls werden die Forderungen der Verbündeten in der Form eines Ultimatums gestellt werden, die verkehrteste Art, um ein Problem von solcher Verwickeltheit und wirtschaftlich-politischer Tragweite zu behandeln. Doch das leuchtet in Paris und London nicht ein. Die amerikanische Regierung hat in ihrer Antwort an Deutschland der Berliner Regierung eindringlich empfohlen, sich unmittelbar an die verbündeten Mächte zu wenden und diesen eigene Vorschläge zu machen. Das Vorgehen des Obersten Rates läßt aber Deutschland gar nicht mehr die Gelegenheit, sich dem Ratschlag Amerikas anzupassen. Denn das Ultimatum soll ja nach dem bisher darüber Lautgewordenen von Deutschland einfach angenommen oder abgelehnt werden. Zu einer Erörterung wird Deutschland kein Raum gelassen. Die möchte ja Paris unter allen Umständen verhindern, damit der Siegesmarsch des Marschalls Foch nunmehr endlich auch folgen kann.

—n—

Kein Rücktrittsbeschluß des Reichskabinetts.

Das Kabinett setzte heute vormittag die gestern abend unterbrochene Beratung über die außen- und innenpolitischen Lage im Reichstag fort. Unmittelbar nach der Kabinettssitzung um 11½ Uhr begaben sich die Mitglieder des Kabinetts in den Auswärtigen Ausschuß des Reichstags.

Zu den verschiedenen Nachrichten über einen Rücktritt des Kabinetts, die zum Teil auch aus London zurückgegeben werden, können wir feststellen, daß ein Beschluß des Reichskabinetts über einen Rücktritt nicht vorliegt. Unrichtig ist auch, daß der Reichskanzler bei der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses einen derartigen Beschluß angekündigt hätte.

Eine Abänderung des Friedensvertrages?

London, 4. Mai. (E. E.)

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ haben die Alliierten eine Abänderung des Friedensvertrages getroffen, wodurch dessen Bestimmungen für Deutschland wesentlich verschärft werden! Die Besetzung der Rheinlande war damals für die Zeitdauer ausersehen worden, in der Deutschland verpflichtet ist, der Reparationskommission zu zahlen. Da man jetzt eine Frist von 37 Jahren in Aussicht genommen hat, würde daher die Besetzungsdauer der Rheinlande um 22 Jahre verlängert werden.

Der Friedensvertrag ist, wie das im Begriff des Wortes liegt, ein zweiseitiges Rechtsgeschäft, bei dem Deutschland Vertragsgegner ist. Ohne Deutschland kann eine Abänderung des Friedensvertrages also nicht getroffen werden. — Der Sinn der obigen Meldung könnte nur der sein, daß eine Vertragsänderung in dem Deutschland zu stellenden Ultimatum mit enthalten wäre. Ist das der Fall, so beweist das, daß die Welt seit Versailles nichts zugelernt hat.

Die Forderungen Amerikas.

Paris, 4. Mai. (E. E.)

Den Forderungen der Reparationskommission, die der Oberste Rat in London gutgeheißen hat, werden noch jene Forderungen hinzugefügt werden, die die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland erheben. Sie belaufen sich auf 260840000 Dollars für die Besatzungskosten der amerikanischen Truppen in den Rheinlanden. Davon würde allerdings noch der Betrag in Abzug zu bringen sein, der aus den Schiffen erzielt worden sei, die die Vereinigten Staaten während des Krieges mit Beschlag belegt haben.

Für die Unterhaltungskosten der amerikanischen Truppen im Rheinlande hat Deutschland ungefähr 17160000 Dollars bereits abgezahlt und zwar in Gestalt von Papiermark, Nahrungsmitteln und Materialien. Wenn Amerika den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert haben wird, wird eine eigene Buchführung zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland in der Entschädigungsfrage eingerichtet werden.

Es werden also zu den Entschädigungen, die Deutschland im Betrage von 132 Milliarden zu zahlen hat, noch die Amerika geschuldeten Summen hinzukommen, die mit 5% verzinst werden sollen. Zur Durchführung dieser Berechnungen besteht zurzeit noch eine kleine Unterabteilung Amerikas bei der Reparationskommission.

Der Krieg in Irland.

London, 3. Mai. (W. T. B.) Nach einer amtlichen Meldung aus Dublin kam es bei Galbally in der Grafschaft Limerick zu einem Kampfe zwischen Streikräften der Krone und 150 Sinnfeinern. 6 Sinnfeiner wurden getötet und 14 verwundet. Die englischen Truppen verloren 2 Verwundete.

Der Aufstand in Oberschlesien.

Gestern abend war in der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens allgemein die Befürchtung gehegt worden, daß in der Nacht zu heute ein Einmarsch der irregulären und regulären Truppen aus Polen in Oberschlesien erfolgen würde. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist es zu diesem befürchteten Einmarsch nicht gekommen. Dagegen sind an mehreren Stellen Zusammenstöße zwischen den Aufständischen und den Truppen der Interalliierten Kommission erfolgt. So werden Kämpfe aus der Gegend zwischen Hindenburg—Gleiwitz gemeldet, über deren Verlauf Einzelheiten noch fehlen.

Die Nacht ist in den größeren Städten des Industriegebiets im allgemeinen ruhig verlaufen, doch ist die Lage nach wie vor sehr ernst. Fast alle Städte sind von polnischen Aufständischen umschlossen, und das gilt besonders von Kattowitz. In dem Kattowitzer Vorort Bogutschütz halten sich die Aufständischen noch immer verschanzt. Sie haben Schützengräben ausgeworfen und verhindern jeglichen Verkehr mit der Stadt Kattowitz. Im Laufe des gestrigen Abends sind an die Aufständischen in der Umgegend von Kattowitz von neuem Waffen verteilt worden; auch haben die Aufständischen aus den Werken zahlreiche Kraftwagen geraubt. Die Zeitungen in Kattowitz sind heute morgen nicht erschienen. Die französischen Truppen haben in der Nacht den Markt und das Theater festungsartig ausgebaut. In Gleiwitz ist es im allgemeinen ruhig; doch befindet sich der Vorort von Gleiwitz, Richtersdorf, in der Hand der Aufständischen, die sich hier als „Polnisches Schützenregiment Gleiwitz“ bezeichnen und Passierscheine an die Bevölkerung ausgeben. Kieferstädtel, im Kreise Gleiwitz, das eine fast rein deutsche Bevölkerung aufweist, ist heute morgen von starken polnischen Banden, die mit zahlreichen Maschinengewehren ausgerüstet waren, besetzt worden.

Aus Pleß und Rybnik und ebenso aus dem südlichen Teil des Landkreises Kattowitz liegen zuverlässige Nachrichten immer noch nicht vor, doch befindet sich das ganze Gebiet in der Hand der Aufständischen. Die kleineren Gemeinden des Zentralreviers sind ebenfalls ausnahmslos von Polen besetzt, ebenso zahlreiche Ortschaften der Kreise Groß Strehlitz, Lublinitz, Tarnowitz und Ratibor. Während auf den Hütten am gestrigen Vormittag noch gearbeitet wurde, haben die Aufständischen am Nachmittag den Streik auch auf den Hüttenwerken erzwungen. Aus zahlreichen Orten wird gemeldet, daß Polen sich angesehener Deutsche bemächtigt haben, um sie als Geiseln festzusetzen.

Nach weiteren Nachrichten befindet sich die Stadt Rybnik in den Händen der Aufständischen, die den Bahnhof, die Post und das Landratsamt besetzt haben. Auf dem Rathause wehten polnische Flaggen. Die Aufständischen konnten sich erst nach Kampf mit den schwachen italienischen Truppen in den Besitz der Stadt setzen. Nach bisher noch nicht verbürgten Nachrichten haben die Italiener an Toten 12 Mann, einen Unteroffizier und zwei Offiziere zu beklagen. Die polnischen Aufständischen haben eine Reihe von angesehenen deutschen Persönlichkeiten der Stadt als Geiseln festgenommen, u. a. den Bürgermeister Kremser, Generaldirektor Wachsmann von der Rybniker Steinkohlen-Gewerkschaft und dem Plebiszitunterkommissar, Studiendirektor Münzer. Die Stadt Pleß wurde gestern ebenfalls von den Aufständischen besetzt, die jedoch durch einen Gegenstoß der Italiener wieder vertrieben wurden. Es bestätigt sich, daß bei den Kämpfen zwischen den Italienern und den Aufständischen der Kommandeur des italienischen Bataillons durch einen Brustschuß schwer verwundet wurde. Die Italiener haben die gesamte Apo entwaffnet und festgenommen. Auch eine Reihe von Polen- und Sokolsführern wurde verhaftet.

Nikolai und Tichau im Kreise Pleß befinden sich in den Händen der Polen, doch herrscht äußerlich Ruhe. Die Stadt Ratibor ist bisher von den Aufständischen nicht besetzt worden, dagegen befindet sich eine große Zahl der Ortschaften auf dem rechten Oderufer im polnischen Besitz. Aus Antonienhütte kommt eine Bestätigung der Nachricht über die grauenhafte Ermordung einer größeren Zahl von deutschen Polizeibeamten. 12 Landjäger und 17 Gendarmen sind ermordet worden. Der Kreiskontrolleur von Groß Strehlitz hält die Lage in diesem Kreise für sehr ernst. Er hat eine Reihe von Anordnungen erlassen, die an Wirksamkeit dem Belagerungszustand gleichkommen. Im Kreise Rosenberg sind von den Aufständischen die deutsche Stadt Landsberg, sowie die Orte Jadiana und Botzanowitz besetzt worden.

Die polnische Regierung hat einen Aufruf erlassen, der angesichts der bevorstehenden Entscheidung in Oberschlesien die Bevölkerung zur Ruhe mahnt. Dieser Aufruf stellt nichts anderes als einen Versuch der polnischen Regierung dar, das Gesicht zu wahren. Die politischen Verbände in Warschau und in anderen Orten haben ihrerseits überall Aufrufe verbreiten lassen, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, zu den Waffen zu greifen und sich in den Besitz von Oberschlesien zu setzen. Nach übereinstimmenden Nachrichten sind auch in den letzten Tagen wiederum große Mengen von Waffen über die Grenze gebracht und an die Aufständischen verteilt worden. Diese sind mit modernen Gewehren ausgerüstet, führen eine überaus große Anzahl Maschinengewehre der verschiedensten Konstruktionen, sowie Minenwerfer mit sich. Sie verfügen ferner über eine große Menge von Nahkampfmitteln, Handgranaten u. dgl.

Die Organisation der Waffenverteilung und des Munitionsnachschubes zeigt die Planmäßigkeit, die auch bisher beim ganzen Aufstand zu bemerken war.

*

Wie wir hören, ist von seiten der amtlichen Vertretung Frankreichs die bündige Zusicherung gegeben worden, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln alle Maßnahmen treffen werde, um den Polenaufstand in Oberschlesien, wenn nötig, mit Gewalt, niederzuschlagen. Von seiten der Entente glaubt man, hierzu die nötigen Truppen in Oberschlesien zur Verfügung zu haben, und hofft, binnen weniger Tage wieder Ruhe und Ordnung schaffen zu können.

Der Auswärtige Ausschuß über Oberschlesien.

Heute vormittag trat der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammen, an der fast sämtliche Reichsminister teilnahmen. Der Ausschuß erörterte in sehr eingehender Weise die Vorgänge, die sich während des gestrigen und heutigen Tages in Oberschlesien abgespielt haben. Die Frage der „Sanktionen“ sowie der Haltung Deutschlands zu den Maßnahmen der Entente wurden in der Ausschußsitzung nicht berührt. Die Sitzung dauerte bis kurz vor 11 Uhr mittags.

Minister Dr. Simons erstattete einen ausführlichen Bericht über die Lage in Oberschlesien.

Der Auswärtige Ausschuß wird morgen vormittag wiederum zusammentreten, um zu den übrigen außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen.

Aufruf der deutschen Parteien.

Kattowitz, 4. Mai. (T. U.) Die deutschen Parteien erlassen folgenden Aufruf: Niemand von der gesamten Bevölkerung Oberschlesiens hat zu den Waffen gegriffen, um der Entscheidung für Oberschlesien vorzugreifen. So schwer die Not des Deutschtums auch ist, möchten wir doch an unsere Volksgenossen die allerdringendste Aufforderung ergehen lassen, überall Ruhe zu bewahren und nicht, auch durch die schwersten Herausforderungen sich zu übereilten Handlungen hinreißen zu lassen.

Minister Dominicus über Oberschlesien.

In der heutigen Sitzung des Preußischen Landtags machte Innenminister Dr. Dominicus vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Mitteilungen über Oberschlesien:

Das Hohe Haus hat aus den Zeitungen bereits Kenntnis von den beklagenswerten Vorgängen in Oberschlesien erhalten. In Ergänzung der Mitteilungen, die der Reichsaußenminister gestern im Reichstag gemacht hat, beehre ich mich, dem Hohen Hause die neuensten Meldungen aus Oberschlesien mitzuteilen. Sie sind teils erfreulicher, teils ernster Natur. In Beuthen ist alles ruhig. Um 3 Uhr früh haben französische Soldaten die polnische Fahne vom Lomnitzhotel heruntergeholt. Die Beschädigungen der „Ostdeutschen Morgenpost“ sind nur geringfügig, die Maschinen sind intakt. In Oppeln hat der italienische General de Marini, der in Vertretung des abwesenden Le Rond zurzeit den Vorsitz in der Interalliierten Kommission führt, einen Aufruf an die Bevölkerung anschlagen lassen, in dem es heißt: „Gewisse Elemente der polnischen Bevölkerung haben Gewalttätigkeiten verübt“, damit ist auch hier wieder durch ein amtliches Dokument der interalliierten Kommission die alleinige Schuld der Polen festgestellt.

De Arbeiten an der beschädigten Eisenbahnstrecke Oppeln—Brieg wurden auch heute Nacht fortgesetzt. Man hofft, spätestens heute mittag mit dem planmäßigen Zugverkehr beginnen zu können. Apo und Franzosen bewachen die Strecke. Bezeichnend ist, daß auch die Arbeiter und die Post, nunmehr im ganzen 300 Mann, im Einverständnis mit General de Marini mit Gewehren bewaffnet wurden.

Nun kommt der zweite Teil der Mitteilungen, der erheblich ernestrer Natur ist: Im übrigen verbreitern die Polen planmäßig ihre Besetzung. (Hört, hört!) Es befindet sich Kandrzin in ihren Händen. Aus Eisenbahnerkreisen wird mitgeteilt, daß auch eine Besetzung von Gruschwitz bei Oppeln bevorsteht. In Rybnik verschleppten die Insurgenten bei ihrem gestrigen Eindringen zwölf der angesehensten Bürger. Außerdem wurden bei Ausübung des Ordnungsdienstes nach einer Meldung zwölf, nach einer anderen Meldung 17 Polizeibeamte erschlagen oder erschossen. (Hört, hört!) Die Italiener der dortigen Besatzung hatten im Kampf mti den Aufrührern 5 Tote, darunter 2 Offiziere. Daraufhin traten sie in Verhandlungen mit den Insurgenten ein (Unruhe.), die zur Einstellung der beiderseitigen Feindseligkeiten führten. Zurzeit gibt es dort einen polnischen Ortskommandanten. Heute morgen soll eine Säuberungsaktion des Kreises beginnen. Der Erfolg bleibt abzuwarten.

Die Reichsregierung hat gestern abend den interalliierten Regierungen Mitteilung über die Zustände in Oberschlesien gemacht und hat heute erfahren, daß die interalliierten Regierungen entschlossen seien, mit allen Mitteln den Aufstand niederzuwerfen, und daß sie die Hoffnung hegen, daß ihnen dies auch gelingt. Die preußische Regierung steht mit der Reichsregierung in unausgesetzter engster Verbindung und Zusammenarbeit und wird das das hohe Haus von allen wichtigen Ereignissen genau unterrichten. Die Staatsregierung bittet die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens, überzeugt zu sein, daß die preußische Regierung gemeinsam mit der Reichsregierung alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um so schnell wie möglich ordnungsmäßige Zustände in Oberschlesien wiederherzustellen. (Beifall.)

Neuer amerikanischer Botschafter für Berlin.

London, 4. Mai. Die „Daily Mail“ meldet aus New York: Zum amerikanischen Botschafter für Berlin ist David Jayne Hill ausersehen worden, der schon in den Jahren 1908 bis 1911 Botschafter in Berlin gewesen war. **Zum Botschafter für Tokio wurde Washburg Chilud designiert.**

Ablehnung der Marineaktion.

Drahtmeldung.

London, 4. Mai.

Im diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es: Auf den Vorschlag der französischen und der belgischen Delegation hin, hat man beschlossen, in dem Wortlaut der bevorstehenden interalliierten Note an Deutschland jede besondere Bezeichnung der Nationalität der beim Vormarsch ins Ruhrgebiet verwandten Truppen wegzulassen, um nicht dadurch, daß nur französische und belgische Truppen genannt werden, dem Gedanken der bestehenden interalliierten Solidarität Abbruch zu tun. Wie der Bericht außerdem meldet, sei, da die Besetzung des Ruhrgebiets nur als zeitweilige Zwangsmaßnahme angesehen würde, die Deutschland durch Erfüllung des Friedensvertrags beenden würde, der Gedanke einer Einführung neuer Wirtschaftssanktionen, wie z. B. einer Kohlensteuer, bei den Alliierten nicht durchgedrungen,

Weiter heißt es in dem Bericht, die Franzosen wünschten eine vollständige Blockade der deutschen Küste und, als juridische Einwände dagegen erhoben wurden, unterbreiteten sie einen Plan, betreffend eine militärische Besetzung der Häfen, und boten die zu diesem Zweck notwendigen Truppen an. Sowohl Lloyd George als auch Graf Sforza hoben jedoch nachdrücklich hervor, daß es nicht ratsam sei, die etwaigen Wirkungen zu drastischer Maßnahmen zur See auf die öffentliche Meinung bei den Neutralen nicht in Betracht zu ziehen.

Die Beschlüsse des Obersten Rates.

Reutermeldung.

London, 4. Mai.

Der Oberste Rat kam nach fünfstündiger Sitzung zu einer vollständigen Uebereinstimmung über den Inhalt der Deutschland zu übersendenden Mitteilungen. Der Redaktionsausschuß tritt heute abend zusammen, um das Protokoll aufzustellen. Eine weitere Sitzung des Obersten Rates wird heute nachmittag stattfinden.

Das Protokoll wird nicht später als am 6. Mai abgeschickt werden und Deutschland muß spätestens am 12. Mai antworten. Deutschland muß jährlich 100 Millionen Pfund Sterling bezahlen und außerdem eine Abgabe von 25 % von der deutschen Ausfuhr. Bonds im Betrage von 600 Millionen Pfund sollen jetzt und 1900 Millionen im November ausgegeben werden, insgesamt also 2500 Millionen Pfund Sterling, abgesehen von Bonds im Betrage von 4250 Millionen, welche je nach der Zahlungsfähigkeit Deutschlands ausgegeben werden sollen. Die Bonds bringen 5 % Zinsen, und es wird ein Schuldentilgungsfonds von 1 % vorhanden sein, so daß die für den Zinsendienst für die im November ausgegebenen Bonds im Betrage von 2500 Millionen Pfund Sterling erforderliche Summe 150 Millionen Pfund ausmachen wird. Wenn die Einnahmen aus der jährlichen Zahlung von 100 Millionen Pfund und der 25prozentigen Ausfuhrabgabe mehr ergeben als die erforderlichen 150 Millionen, so wird ein genügender Teil der in Reserve gehaltenen 4250 Millionen betragenden Bonds ausgegeben werden, um den Ueberschuß aufzunehmen. Es wird eine Abgabe von einem weiteren Prozent der deutschen Ausfuhr erhoben werden, wodurch der Gesamtbetrag auf 26 % steigt, um die Summe zu erreichen, die zur Bezahlung der Zinsen für die in Reserve gehaltenen Bonds nötig ist. Man rechnet damit, daß jede Serie innerhalb 37 Jahren vom Datum der Ausgabe gerechnet, eingelöst sein wird. Unter keinen Umständen kann die deutsche Verbindlichkeit 6 % des Gesamtbetrages der Bonds übersteigen. Mit diesem Betrage werden die deutschen Zölle oder andere Einnahmen belastet werden, die der Reparationsausschuß vorbereitet ist zu erhalten. Der Reparationsausschuß wird die Bonds nach den bereits festgesetzten Verhältnissen unter den Alliierten verteilen.

Der Londoner Zahlungsplan.

Drahtmeldung.

Paris, 4. Mai. (E. E.)

Die Londoner Konferenz kann erst heute mittag zu Ende geführt werden, da die Alliierten beabsichtigen, das Reparationsproblem in seiner ganzen Tiefe der Lösung zuzuführen. Die Finanzsachverständigen der Alliierten erhielten gestern den Auftrag, die bisher von ihnen gefaßten Pläne einer Abänderung zu unterziehen. Um keine Zeit zu verlieren, wurde der Beschluß gefaßt, daß alle Mitglieder der Reparationskommission von Paris nach London kommen sollen. Die Mitglieder sind gestern abend aus Paris abgereist und werden bereits heute in London mit den Sachverständigen gemeinsam beraten und Beschlüsse fassen, die der Oberste Rat gutheißen will. Die ursprünglich gefaßten Beschlüsse der Sachverständigen wurden nach einer Londoner Mitteilung des „Echo de Paris“ von Lloyd George nicht gebilligt. Demzufolge stellten diese die folgenden Anträge:

1. **Die Bons der ersten Kategorie werden von Deutschland schon am 1. Juli ausgegeben werden müssen. Von diesem Tage an wird der Betrag, auf den die Bons lauten, der Rechnung der Deutschen gutgeschrieben.**
2. **Am 1. November müssen die übrigen übergeben werden. Die Reparationskommission wird diese dann auf den Weltmarkt geben, sobald festgestellt ist, daß Deutschland die Zinsen der ersten Kategorie regelmäßig bezahlt.**
3. **Alle Bons lauten auf den Inhaber, und die Reparationskommission wird das Recht haben, die großen Bons in jene Abschnitte zu zerlegen, die den Verkauf auf dem Weltmarkt zu erleichtern geeignet sind.**
4. **Die jährliche Rate von 2 Milliarden wird Deutschland in monatlichen Teilzahlungen abzutragen haben.**
5. **Die 25prozentige Ausfuhrabgabe wird halbjährig zu entrichten sein, und zwar immer einen Monat vor der Fälligkeit der Zinsscheine.**
6. **14 Tage, nachdem das gegenwärtige Abkommen in Wirksamkeit getreten ist, muß Deutschland eine Milliarde Goldmark entweder in Wertpapieren oder in Wechseln ausstellen, die auf das Reichsschatzministerium lauten, von deutschen Bankiers verbürgt sind und [illegible] Monaten fällig werden.**
7. **In 14 Tagen wird die Garantiekommission in Berlin errichtet sein. Doch wird der für sie in Aussicht genommene Wirkungskreis etwas eingeschränkt werden.**
8. **Diese Kommission wird von der deutschen Regierung immer Mitteilung darüber verlangen, wenn die Einnahmen des Deutschen Reiches, die zur Bezahlung der Reparationen herangezogen werden sollen, vermindert werden.**
9. **In die inneren finanziellen Angelegenheiten des Reiches einzugreifen wird diese Kommission nicht die Befugnis haben.**
10. **Deutschland wird versuchen müssen, die Erhebung der Ausfuhrtaxe zu erleichtern, und die Versicherung zu geben haben, daß es die deutschen Exporteure für die von diesen zu zahlende 25prozentige Ausfuhrabgabe entschädigen werde.**
11. **Diese Ausfuhrabgabe soll nicht 25, sondern 26 % betragen. Man entschloß sich zu dieser Erhöhung, weil man den Zinsfuß der 85 Milliarden für die Entschädigungen von 5 auf 2½ herabgesetzt hat.**

Die Gründlichkeit, mit der die Alliierten bei der Aufstellung der Forderungen an Deutschland neuerdings vorgehen, scheint ihre Erklärung in einer Meldung des Londoner Korrespondenten des „Matin“ zu finden, nach der Amerika bei den Alliierten dahin eingewirkt hat, daß die juridische Grundlage einer eventuellen Aktion gegen Deutschland außerhalb der Diskussion stehen müsse, das heißt, daß die Alliierten nur solche Forderungen erheben dürfen, die sich aus dem Friedensvertrage rechtfertigen lassen. Ferner scheinen die Vereinigten Staaten gewünscht zu haben, daß man schon jetzt zu einer völligen Lösung des Reparationsproblems gelange, damit diese Frage wenigstens theoretisch ihre Lösung finde und aus der Welt geschafft werde.

Eine lebhafte Debatte entspann sich bei der gestrigen Beratung des Obersten Rates über die Frage, in welcher Weise Deutschland die gefaßten Beschlüsse bekanntgegeben werden sollen. Man dachte ursprünglich daran, daß die Reparationskommission die Beschlüsse an die deutsche Regierung weiterleiten werde und könne. Hiergegen wurde aber die Einwendung erhoben, daß die Reparationskommission dazu selbst nicht ermächtigt sei. Somit müßte auch diese Note über die Reparationsfragen der deutschen Regierung durch die Regierungen selbst zugestellt werden. Diese besagte Note wird aus einer Mantelnote bestehen, in der die militärischen Maßnahmen angedroht werden, und sie wird weiter die Beschlüsse bekanntgeben, die die Alliierten zur Lösung des Reparationsproblems gefaßt haben.

Eine andere Frage, die die Alliierten gestern beschäftigte, war die, wie man sich zu der Bestimmung des Friedensvertrages verhalte, daß die Reparationskommission die Zahlungen Deutschlands vermindern oder erhöhen könne. Ueber diese Frage wird noch heute mit den Mitgliedern der Reparationskommission konferiert werden.

Das „Kriegsbeschuldigten“-Verfahren.

London, 3. Mai. (W. T. B.) „Evening Standard“ meldet, daß die erste Gruppe englischer Zeugen, die in Leipzig bei den Verhandlungen gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten vernommen werden sollen, **am 20. Mai von Liverpool abfahren wird.**

Die Pariser Presse über London.

Eigene Drahtmeldung.

I. **Paris**, 4. Mai.

Die Blätter sind heute mit Meldungen und Betrachtungen, mit Karten und Photographien über die Mobilmachung angefüllt und lenken dadurch die Aufmerksamkeit des großen Publikums vom Kernpunkt der ganzen Frage, nämlich von den Zugeständnissen Briands in London ab. Hingegen läßt sich die parlamentarische Mehrheit nicht beeinflussen oder täuschen und bringt ihre Verstimmung und Unzufriedenheit offen zum Ausdruck. Man erklärt heute in diesen Kreisen:

Da Briand sich schon jetzt habe bewegen lassen, Deutschland erneut 10 Tage Frist zu geben, so sei zu befürchten, daß er bei den weiteren Beratungen in der Frage der Zahlungsmodalitäten, die Deutschland vorgeschrieben werden sollen, und betreffs Oberschlesiens solche Zugeständnisse machen werde, daß das Endergebnis nicht anders ausfallen werde, als wenn die Alliierten das nach Washington übermittelte Angebot Deutschlands angenommen haben würden.

Aehnliche Befürchtungen spricht auch der „Temps" in seinem heutigen Leitartikel aus. Er erinnert daran, daß Herr von Oertzen dem Ersuchen des Wiederherstellungsausschusses, sich zur Entgegennahme des Zahlungsetats für die deutsche Schuld beim Wiederherstellungsausschuß einzufinden, abgelehnt und seine Weigerung brieflich damit begründet habe, er sei außerstande, über den Zahlungsetat zu diskutieren und außerdem ziehe die deutsche Regierung vor, daß der Ausschuß selbst ein Projekt für die Zahlungen ausarbeitet, bezüglich dessen sie sich jedoch im voraus das Recht von Vorbehalten wahre. Der „Temps" meint nun, wenn Deutschland alle Projekte diskutiere und schon im voraus Einwendungen geltend mache, so würde es auf Grund des Artikel 234 des Versailler Vertrages bei allen Beschlüssen der Alliierten fordern, daß über seine Einnahmequellen und Mittel Untersuchungen geführt werden. Daß ein derartig unendlicher Prozeß immer wieder vor den Wiederherstellungsausschuß gebracht werde, sei an sich schon sehr wenig angenehm. Der Wert der Unterschrift, die man von Deutschland fordere, werde dadurch gerade nicht gesteigert. Aber wenn die Alliierten nun gar selber in einer Konferenz nach der anderen den Zahlungsetat und die Modalitäten für die Eintreibung der deutschen Schuld erörtern und festlegen wollen, so bestehe die größte Gefahr, daß eine schwere Krise der Allianz eintrete, die die unheilbarsten Folgen haben könne.

Schon die „Action Française" habe gestern vormittag auf diese Gefahr hingewiesen, und auch der „Intransigeant" befürchtet ernste Verwicklungen. Der Präsident der Republik, so schreibt das Blatt, trage die schwerste Verantwortung. Werde er die Bündnisse Frankreichs brechen oder werde Frankreich allein handeln? Wenn nicht, welche Sicherheiten würde dann Frankreich für die Durchführung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen erhalten? Etwa jene Schuldkommission, die nach dem Muster der ottomanischen Schuld in Berlin eingesetzt werden soll? Damit sei Frankreich schlecht gedient. Man brauche nur daran zu denken, wie wenig die Entwaffnungskommission des Generals Nollet in Berlin durchzusetzen vermöge. Es sei auch nicht zu erwarten, daß ein großes unabhängiges und wohlorganisiertes Land wie Deutschland 30 Jahre lang [illegible] Türkei in alles hineinsehe. Vor dem Ablauf von fünf Jahren werde Deutschland die alliierten Kommissare vor die Türe setzen, und dann sei ein neuer Krieg notwendig geworden. Solchen Uebelständen und Gefahren hätte durch die Besetzung des Ruhrbeckens vorgebeugt werden können, und Frankreich hätte Bürgschaften für seine Forderungen gehabt. Denn das sei doch klar, daß Frankreich um jeden Preis bezahlt werden wolle.

Anfragen im Unterhaus.

London, 3. Mai. Im Unterhause gab Chamberlain eine kurze Darstellung der Probleme, die gegenwärtig von dem Obersten Rat erörtert werden, sowie vo nden getroffenen Entscheidungen. Ein Abgeordneter fragte, ob die Regierung auf amtlichem Wege deutsche Vorschläge erhalten habe. Chamberlain erwiderte, daß kein Vorschlag der deutschen Regierung dem Obersten Rat amtlich zugegangen sei. Ein anderer Abgeordneter fragte, ob Maßnahmen für eine Mobilisierung der britischen Flott getroffen worden seien. Chamberlain verneinte diese Frage.

In Beantwortung einer weiteren Anfrage erklärte Chamberlain im Unterhaus, daß die Regierung niemand nach Irland gesandt habe, um Unterhandlungen mit den Sinnfeinern zu beginnen.

Einberufung der Jahresklasse 1911?

Paris, 3. Mai. (W. T. B.) Das kommunistische Blatt „Internationale" erklärt, es wisse aus sicherer Quelle, daß man im Kriegsministerium die Einberufung der Jahresklasse 1919 für die geplanten Unternehmungen für ungenügend halte. Man bereite die Einberufung neuer Jahresklassen vor. Alle notwendigen Instruktionen seien bereits ergangen, damit raschestens die Einberufung bis zur Jahresklasse 1911 ausgedehnt werden könne. Das Blatt erklärt, ein Dementi des Kriegsministers Barthou befürchte es nicht.

Die Umkehr der Sowjetregierung.

Reval, April 1921.

Die Einführung der Naturalsteuer an Stelle des bisherigen Systems der Zwangswirtschaft der Getreideproduktion ist das bedeutendste Ereignis im innerpolitischen Leben Sowjetrußlands. Es durchbricht die Grundprinzipien der kommunistischen Wirtschaftsordnung bis zur Anerkennung des Eigentumsrechts und hat eine Reihe weiterer Zugeständnisse zur Folge, vor allem die Genehmigung zum freien Handel mit Felderzeugnissen. Auf den Märkten der Städte, die im Dezember 1920 auf Veranlassung des VIII. Sowjetkongresses endgültig geschlossen worden waren, macht sich die Zulassung des freien Handels bereits stark bemerkbar. Längst nicht mehr gesehene Sachen kommen wieder zum Vorschein, und in den ersten Tagen nach dem Erscheinen des Dekrets machte sich für eine ganze Reihe von Lebensmitteln ein erheblicher Preissturz bemerkbar. So sank der Preis der Kartoffeln von 40 000 Rubeln pro Pud auf 15 000 Rubel, Butter von 25 000 Rubeln pro Pfund auf 15 000 Rubel. Infolge der recht geringen Vorräte ziehen die Preise allerdings wieder an. Weitere Zugeständnisse sind die Entnationalisierung von Kleinbetrieben (50—100 Arbeiter), die Neuregelung der Entlohnung der Arbeiterschaft, die Einführung der Naturalprämien für Industriearbeiter und die finanztechnische Reform der Silbervaluta durch Prägung von Silbermünzen.

Eine Abkehr von den strengen kommunistischen Prinzipien ist zweifellos, und die Vertragsabschlüsse mit dem kapitalistischen Auslande werden auch zu weiteren innerpolitischen Zugeständnissen führen, die allmählich der wirtschaftlichen und politischen Gesundung entgegenführen können.

Unterzeichnung des „Tubantia"-Abkommens.

Der niederländische 14 000-Tonnen-Passagierdampfer „Tubantia" sank nach einer Explosion am 16. März 1916 beim Leuchtschiff „Noordhinder", nicht weit von der niederländischen Küste. Die deutsche und die niederländische Regierung kamen schon im Jahre 1917 überein, nach Beendigung des Krieges eine internationale Untersuchungskommission im Sinne der Bestimmungen des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 mit der Untersuchung der Angelegenheit zu beauftragen. Ein diesbezügliches „Untersuchungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden" ist nunmehr unterzeichnet worden.

Als Mitglieder der Untersuchungskommission, deren Aufgabe in der Feststellung des Unterganges der „Tubantia" besteht, hat die schweizerische Regierung sich bereit erklärt, einen Juristen als Vorsitzenden, die dänische und schwedische Regierung je einen Marineoffizier als Mitglieder zu ernennen. Zwei weitere Mitglieder werden von der deutschen und der niederländischen Regierung gestellt.

Die Kommission wird ihre Sitzungen im Haag aufnehmen.

Neue Zolltarife in Tschechien.

Prag, 3. Mai. (W. T. B.) Die „Tribuna" meldet, daß die neuen autonomen Zolltarife bereits im Juni dem Parlament unterbreitet werden würden. Bis dahin sollen die bisherigen Aufschläge in Wirksamkeit bleiben, jedoch vom 1. Juni an die Ergänzung erfahren, daß statt der bisherign 8 Kategorien 5 festgesetzt werden, und zwar werden die Zuschläge für Luxuswaren 1500 Prozent, für Waren, deren Einfuhr bisher verboten war, 1200 Prozent, für Waren, deren Einfuhr bisher teilweise gestattet war, 900, für Halbfabrikate, die in der Tschechoslowakei in ungenügendem Maße erzeugt werden, 600 und für Rohstoffe, die bisher mit ganz geringen Zöllen belegt waren, 200 Prozent betragen. Die Zuschläge seien als einstweiliger Schutz der heimischen Industrie gedacht, da die vollständige Einstellung der Ausgabe von Einfuhrbewilligungen nach dem Abschluß des Handelsabkommens mit Oesterreich zu erwarten sei.

Verwicklungen in Aegypten.

Die Verhältnisse in Aegypten spitzen sich immer mehr zu. Adli Pascha Yghen war auf Anraten des englischen Oberkommissars Lord Allenby zum Ministerpräsidenten erwählt worden, weil er zwar als ein Freund der Nationalisten galt, aber doch immerhin leichter lenkbar schien als der extreme Flügel. Saad Zaghlul, der erfolgreiche Führer der ägyptischen Abordnung für London, hatte bei seiner Rückkehr aus Europa zunächst versucht, mit Adli Pascha zusammenzuarbeiten. Dieser war aber inzwischen bereits so stark unter britischen Einfluß geraten, daß er nicht mehr auf der Forderung der vollen Unabhängigkeit des Nillandes bestehen wollte, sondern einen Kompromiß mit der englischen Auffassung einzugehen bereit war. Zunächst drückte sich die Meinungsverschiedenheit zwischen Zaghlul und Adli darin aus, daß der Ministerpräsident für sich den Vorsitz der ägyptischen Delegation bei den kommenden neuen Verhandlungen mit England beanspruchte. Zaghlul durchschaute sehr schnell, warum Adli auf dem Vorrang bestand. Sowie er erkannt hatte, daß der Ministerpräsident die Erörterungen im Sinne der Engländer zu leiten gedachte, brach er die Besprechungen ab, da, wie er sagte, bei einer Abordnung mit Adli an der Spitze nur Georg V. mit Georg V. in Verbindung treten würde. Zaghlul verlangt nunmehr, daß nur die Vertreter der Forderung der uneingeschränkten Unabhängigkeit Aegyptens in der Delegation sitzen dürfen, da diese allein den Willen des Volkes vertreten. Bei seinem Auftreten hat Zaghlul, dessen Rückkehr nach dem Pharaonenreiche von allen Volksschichten gefeiert wurde, die weit überwiegende Mehrheit der öffentlichen Meinung geschlossen hinter sich. Eine Kabinettskrise wird für unvermeidlich erachtet, bei der die nationalistische Strömung ans Ruder kommen muß.

Winston Churchill hatte es als ungefähr den einzigen Erfolg seiner Reise an den Nil gebucht, daß es gelungen sei, Adli ins Lager der Britenfreunde herüberzuholen. Er läßt jetzt verbreiten, ein Kabinettswechsel könne den Interessen der Aegypter nur abträglich sein, denn kein Ministerium habe Aussicht, von London mehr zu erreichen als das Adli Paschas. Der gute Kolonialminister vergißt nur, daß die Aegypter überhaupt nicht mehr gnädige Zugeständnisse suchen, sondern auf ihrem Recht auf Unabhängigkeit bestehen. Die eindrucksvollen Kundgebungen des ägyptischen Volkes müßten die maßgebenden Londoner Kreise dahin belehren, daß die Zeit der überlieferten Personalintrigen und kleinlichen Machenschaften vorbei ist, und daß auch die Völker des Orients heute als mündig behandelt sein wollen. Das Verkennen des Umstandes, daß der Osten heute vollberechtigt neben dem Abendlande dasteht, hat die Engländer bereits zu manchem verhängnisvollen Mißgriff veranlaßt. Der Vertrag von Sèvres und die Zerstückelung der Türkei sind das schlagendste Beispiel hierfür.

Sehr bezeichnend ist der in der Oeffentlichkeit wenig erwähnte Umstand, daß Frankreich den Männern um Zaghlul ziemliche Sympathien entgegenbringt. Zaghlul selbst hält sich viel in Paris auf, und die nationalistischen Kreise, die in Genf ihren Sitz haben, stehen in engster Beziehung zu französischen Politikern. Offiziell desinteressiert Frankreich sich immer mehr im Nahen Orient, aber angesichts der Schwierigkeiten in Syrien ist es doch immerhin ein schönes Gefühl zu sehen, wie der Verbündete auf der anderen Seite des Kanals auch seine Sorgen hat, die vom englischen Standpunkt aus gesehen vielleicht mehr Bedeutung haben als die Vorgänge in Europa. Wegen ihrer Einwirkung auf die Richtung der britischen Politik verdienen die Ereignisse im Osten ja auch viel mehr Beachtung, als sie gewöhnlich auf dem Kontinent finden.

Ibn Tulun.

Das türkisch-französische Abkommen.

Konstantinopel, 4. Mai. (Utd. Tel.) Nach Meldungen aus Angora soll die Nationalversammlung das französisch-türkische Abkommen ratifiziert haben. Die Versammlung habe nur einige Einwendungen erhoben wegen der Errichtung einer gemischten Polizei und des Verbleibens französischer Truppen in Cilicien und beabsichtige, Schritte zu tun, um eine Abänderung der betreffenden Punkte zu erzielen. Der Verlauf der Grenze gegen Syrien sei vollkommen gebilligt worden.

*

Gerade in den wichtigsten Punkten verwirft die türkische Nationalversammlung also die von Bekir Sami getroffene Vereinbarung. Die Türken wollen in Cilicien kein französisches Militär und keine von französischen Offizieren durchsetzte Polizeitruppe haben. Sie sind durchaus imstande, Ruhe im eigenen Hause zu halten, wie ihre Siege über die Griechen beweisen. Die Annahme der von Bekir Sami ausgearbeiteten Grenzlinie erklärt sich einfach daher, daß den Türken nichts daran liegt, anderes Gebiet zu erhalten als das, auf das sie auch wirklich Anspruch erheben können. Die Franzosen haben also keinerlei Anlaß, in diesem Fall in besonderen Jubel auszubrechen.

Note der Reparationskommission.

Havasmeldung.

Paris, 4. Mai.

Die Reparationskommission hat unter dem 3. Mai an die Kriegslastenkommission eine Note gerichtet, worin sie erklärt, daß Deutschland gegen den Artikel 235 des Friedensvertrages verstoßen hat dadurch, daß es bis zum 1. Mai nicht die Summe von 12 Milliarden Goldmark bezahlt hat, die es auf den am 1. Mai fälligen Betrag von 20 Milliarden Goldmark noch schuldete. Sie erinnert

1. an die Weigerung Deutschlands, am 23. April 1921 **eine erste Anzahlung von einer Milliarde Goldmark zu leisten. Diese Weigerung**, die einen Verstoß gegen den Vertrag darstelle, **wurde sämtlichen beteiligten Mächten zur Kenntnis gebracht.**

2. An die am 22. April 1921 von der Berliner Regierung erfolgte Ablehnung der Forderung, den Metallbestand der Reichsbank nach den Reichsbankstellen in Köln oder Koblenz zu überführen.

3. An die Weigerung, der Bank von Frankreich den Betrag von einer Milliarde Goldmark auszuliefern.

Die Reparationskommission macht von diesem Verstoß sofort allen beteiligten Mächten Mitteilung gemäß der Bestimmung des § 17 Anlage II Teil VIII des Friedensvertrages.

Die „Sanktionen", die nach der Ablehnung der Londoner Beschlüsse einsetzten, verstießen bekanntlich gegen den Versailler Friedensvertrag. Nunmehr werden dessen Bestimmungen erfüllt, um den Franzosen nachträglich den Vorwand zu neuen Gewaltmaßregeln zu verschaffen, obwohl gleichzeitig in London ein Ultimatum als Auftakt zum weiteren Vorgehen gegen Deutschland ausgearbeitet wird. Sollte, so argumentiert man in Frankreich, das deutsche Volk wider Erwarten doch unter das kaudinische Joch kriechen, so geben die Schritte der Reparationskommission Frankreich immer noch den erwünschten Anlaß zum Einmarsch. Der Reparationsausschuß hat auf Grund der in der vorstehenden Meldung angezogenen Bestimmungen Vorschläge wegen des weiteren Verfahrens zu machen. Im Reparationsausschuß, in dem nur fünf Vertreter der beteiligten Staaten sitzen, besitzen die Franzosen zu ihrem Leidwesen aber nur einen Delegierten; er kann also Beschlüsse fassen, die den Wünschen der Franzosen nicht entsprechen. Aber Frankreich behauptet, daß es auf Grund des Versailler Friedens das Recht habe, selbständig und einseitig vorzugehen. Es will sich durch die Berufung auf die Feststellung des Wiederherstellungsausschusses dagegen sichern, daß es in letzter Stunde doch noch um den Vormarsch in das Ruhrgebiet kommen könne.

Der französische Aufmarsch.

Paris, 4. Mai. (T. U.) Gestern trafen die neu eingezogenen Soldaten in ihren Kasernen ein. Seit den letzten 24 Stunden laufen fast ununterbrochen Züge nach dem Osten, beladen mit Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Die neuen Truppen sind in voller Kriegsausrüstung; selbst Gasmasken fehlen nicht. Nach Köln gingen gestern die 4. Kürassiere, 13. Bergjäger, 15. Dragoner und andere Kavallerieformationen, ferner 500 Artilleristen. Das französische Hauptquartier am Rhein gibt drei verschiedene Aufgaben der Truppen an: 1. Besetzung des Ruhrbeckens, 2. Bewachung der Zollinie um das Ruhrbecken; die Länge der Grenze beträgt 70 Meilen, 3. Verhütung eines Einmarsches aus dem inneren Deutschland.

Verzicht auf das Gold der Reichsbank?

I. N. S. **London**, 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Oberste Rat setzte einen Ausschuß ein, der damit beschäftigt ist, die Garantien, die man von Deutschland verlangen muß, auszuarbeiten. Es gilt als sicher, daß man den Plan der Reparationskommission, die Goldreserve der Reichsbank nach Köln zu verlegen, endgültig aufgegeben hat. Es wird dafür vorgeschlagen, eine Kontrolle über alle deutschen Zölle einzuführen. Daneben besteht auch die Absicht, inländische Zölle zu übernehmen. Die Alliierten erwarten in den ersten Jahren 3¼ Milliarden Goldmark jährlich aus Deutschland herauszuziehen zu können. Nach zehn Jahren, wenn der Handel sich wieder ganz erholt hat, könnten sogar 7 Milliarden von Deutschland gezahlt werden.

Die Taktik der Mehrheitssozialisten

Die S. P. D. scheint sich doch nicht ganz wohl dabei zu fühlen, daß sie infolge ihrer Haltung bei der preußischen Regierungsbildung jetzt ganz aus dem Kabinett gedrängt ist. Der „Vorwärts" veröffentlicht unter Vorbehalt der Erwiderung einen Artikel von J. Meerfeld „Politische Taktik", der zu dem Schluß kommt, daß die Partei mit dem Verzicht auf fernere Teilnahme an der preußischen Regierung einen kaum wieder gutzumachenden Fehler begangen habe.

Die Länder, schreibt Meerfeld, hätten in der Exekutive ein Machtinstrument sondergleichen in der Hand. Daher sei innerpolitisch die Ausschaltung der sozialdemokratischen Partei aus der preußischen Regierung um sehr vieles bedenklicher als die Ausschaltung aus der Reichsregierung. In der Reichspolitik erscheine ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei auch heute noch nahezu ausgeschlossen; ganz anders aber in Preußen, wo die Deutsche Volkspartei ja auch für die Verfassung gestimmt habe. Das heute im Preußischen Landtag herrschende Zentrum sei mindestens so reaktionär wie die Fraktion der Volkspartei. Wer daher dieses Zentrum als Bundesgenossen akzeptiere, dürfe die Volkspartei nicht ablehnen. Meerfeld belegt diese Behauptung mit Aeußerungen des Zentrumsparteivorsitzenden Trimborn und anderer Zentrumsführer und erklärt: „Eine Aenderung morgen oder übermorgen, und das Zentrum stellt sich flugs mit beiden Füßen „auf den Boden der Tatsachen"." Kulturpolitisch vor allem stehe das Zentrum noch weiter rechts als die Volkspartei.

Also —?

Moskau gegen Levi.

Die Exekutive der dritten Internationale besprach am 27. April, wie die „Rote Fahne" mitteilt, die Lage in Deutschland. Sinowjew erklärte es für eine infame Lüge, daß die Exekutive oder ihre Vertreter die Märzaktion angestiftet hätten. Es wurde beschlossen, die taktischen Meinungsverschiedenheiten über die Märzaktion „wegen ihrer großen internationalen Bedeutung" dem 3. Weltkongreß zu unterbreiten. Die Exekutive habe nicht darüber zu entscheiden, ob ein außerordentlicher Parteitag der V. K. P. D. vor dem 3. Märzkongreß möglich sei, vermute aber, daß „wegen des jetzt in Deutschland herrschenden weißen Terrors (!) eine gründliche Vorbereitung und Abhaltung eines solchen Parteitages zur gegebenen Stunde vielleicht unmöglich (!)" sei. Die Exekutive billigt den Ausschluß Paul Levis aus der V. K. P. D. und somit aus der dritten Internationale und erklärt dazu: „Selbst wenn Paul Levi in seiner Beurteilung der Märzaktion recht hätte, so müßte er auch in diesem Falle ausgeschlossen werden, wegen des unerhörten Disziplinbruchs und wegen des Schlages in den Rücken der Partei, den das Auftreten Levis in der gegebenen Situation bedeutet."

Das heißt, aus der kommunistischen Sprache in klares Deutsch übersetzt: 1. Moskau ist unschuldig. 2. Kein Parteitag! 3. Wer kritisiert, fliegt, auch wenn er recht hat.

Ein vierter Vizepräsident für den Reichstag.

Der Aeltestenausschuß des Reichstags beschäftigte sich heute in einer rein geschäftlichen Sitzung mit der Frage der Besetzung des Reichstagspräsidiums. Durch die Verschiebung des Stärkeverhältnisses der Unabhängigen und der Deutschen Volkspartei steht der letzteren Partei der Posten eines Vizepräsidenten zu. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wurde die Errichtung einer vierten Vizepräsidentenstelle beschlossen, die von der Deutschen Volkspartei zu besetzen wäre.

Der Reichstag wird voraussichtlich auch noch in den ersten Tagen der nächsten Woche zusammenbleiben.

Die Finanzierung des Neckarkanals.

oes. **Karlsruhe**, 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Im badischen Arbeitsministerium fand eine Besprechung mit Vertretern des Handels, der Industrie, der Städte und der Gewerkschaften statt, die sich mit der Frage der Gründung einer Aktiengesellschaft zum Bau des Neckarkanals befaßte. Das Aktienkapital soll 350 Millionen Mark betragen, das im Laufe der fortschreitenden Arbeiten verdoppelt werden wird. Die Verteilung des Aktienkapitals auf Reich und Länder soll in folgender Weise geschehen. Vom Reich sollen 160 Millionen, von Württemberg 80 Millionen, von Hessen 2,5 Millionen, von Baden 17,5 Millionen und der Rest von 90 Millionen von Gemeinden und Privaten aufgebracht werden. Die Kanalstrecke Mannheim—Heidelberg soll alsbald in Angriff genommen werden, ebenso der Ausbau von Kraftstufen, deren Ausbeutung der Gesellschaft Einnahmen bringen soll. Sowohl die Vertreter der Städte wie die des Handels und der Industrie sagten ihre Beteiligung zu. Die Versammlung erklärte sich auch einstimmig für eine Beteiligung des badischen Staates an der Gründung der Aktiengesellschaft.

Deutsches Reich.

Reichskonferenz der Arbeitslosen.

Nach längerer Pause trat in Berlin der Reichsausschuß der Erwerbslosenräte Deutschlands unter Vorsitz von Christ-Erfurt zusammen. In seinem Referat über den Tätigkeitsbericht des geschäftsführenden Ausschusses behauptete Christ, daß die Arbeitslosen von der V.K.P.D. in jeder Weise unterstützt, dagegen von den Gewerkschaften im Stich gelassen worden seien. Durch die Märzaktion der V.K.P.D. sei die Aktion der Arbeitslosen unterbrochen, und man müsse feststellen, daß nach dem verunglückten Märzputsch der Kommunisten, namentlich in Mitteldeutschland, die Arbeitslosen nur schwer in Bewegung zu bringen seien.

Reichstagsabgeordneter Malzahn kritisierte dann die Märzaktion der Kommunisten. Die Arbeitslosenfrage sei eine politische Machtfrage und nur unter diesem Gesichtswinkel zu lösen. Es sei notwendig, daß die Arbeitslosen vor den Stadt- und Gemeindeparlamenten demonstrierten und durch Deputationen ihre Forderungen vertreten ließen. Ebenso müsse man aber auch bei den Gewerkschaftsvorständen und Gewerkschaftskartellen demonstrieren.

Die Versammlung nahm nach kurzer Aussprache eine Entschließung im Sinne der Ausführungen Malzahns an.

Ministerpräsidenten-Konferenz.

Wie wir erfahren, werden die Ministerpräsidenten der Landesregierungen vermutlich in den nächsten Tagen in Berlin eine Zusammenkunft haben, in der man zu der durch die letzten Ereignisse geschaffenen politischen Lage Stellung nehmen wird.

Urteil im Bochumer Kommunistenprozeß.

P. **Bochum**, 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In dem Bochumer Kommunistenprozeß verurteilte das Sondergericht 8 Angeklagte zu Zuchthausstrafen von 5 Jahren und 6 Monaten, 6 Angeklagte zu Gefängnisstrafen bis zu 1 Jahr 3 Monaten, 11 Angeklagte wurden freigesprochen. Mildernde Umstände hat das Gericht keinem der Angeklagten zugebilligt.

Ausweisung von Eisenbahnbeamten?

Fw. **Halle**, 3. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Stadt Probstzella beschloß, die Hausbesitzer anzuweisen, den zahlreichen in Probstzella wohnenden Eisenbahnbeamten am 1. Juli zum 1. Oktober zu kündigen. Der Gemeinderat erklärt, er sei zu dieser Maßnahme gezwungen, da trotz der großen Wohnungsnot die Eisenbahnverwaltung seit dem Jahre 1911 kein Wohnhaus für ihre Beamten gebaut habe.

Damit wird wohl nicht das letzte Wort in dieser Sache gesprochen sein.

Die Unabhängigen in Wattenscheid sind wieder zur Mehrheitssozialistenpartei übergetreten.

Aus aller Welt.

Funktelegraphisch gemeldete Heringe.

Zu Anfang des Sommers ist mit dem Beginn der Heringsfischerei die Wiederaufnahme des Fischereischutzdienstes durch die Reichsmarine und die Wiedereinführung eines besonderen funktelegraphischen Fischereinachrichtendienstes" für die Nordsee durch das Reichspostministerium geplant. Die Nachrichten der Heringsfischer über gute Fangplätze und über die Fangergebnisse werden danach von den Fischereischutzbooten (Torpedoboot oder kleiner Kreuzer), die mit den Fischereifahrzeugen in möglichst enger Verbindung stehen, an die Küstenfunkstelle Norddeich und von hier aus an die Heringsfischereigesellschaften weitergegeben werden. Eine Bekanntgabe über die Aufnahme dieses Dienstes wird seinerzeit durch die von der Marineleitung herausgegebenen „Nachrichten für Seefahrer" erfolgen.

Neue Eisenbahntarife in Oesterreich.

Kgb. **Wien**, 3. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der neue Finanzplan der österreichischen Regierung sieht eine hundertprozentige Erhöhung der Personen- und Gepäcktarife auf den Staatsbahnen am 1. Juni vor. Die Gütertarife werden am 1. August um durchschnittlich 70 % erhöht. Insgesamt werden aus diesen Erhöhungen Mehreinnahmen von 7 Milliarden Kronen erwartet.

Das Flugzeug als Heilmittel.

Dr. Charles A. McEnerey in Washington hat die Entdeckung gemacht, daß der Aufenthalt im Flugzeug in Höhen von etwa 15 000 bis 18 000 Fuß ein radikales Heilmittel bei Verlust der menschlichen Stimme sowie bei Kehlkopf- und Nasenleiden überhaupt darstellt. Er stützt sich bei seiner Entdeckung auf die Erfahrung, die vor drei Jahren die amerikanische Opernsängerin Grace Ferd machte, die als Krankenschwester in Europa die Stimme verloren hatte und während einer Luftfahrt in Höhe von 10 000 Fuß die Stimme wiedererlangte. In Höhe von 8000 Fuß stellte sich eine an Nasenbluten erinnernde Empfindung ein, die bei 10 000 Fuß Höhe der vollkommenen Wiederherstellung der Stimme wich. Dr. Charles A. Mc Enerey hat jetzt auf diese Weise einen amerikanischen Kriegsteilnehmer H. A. Renz, der die Sprache verloren hatte, vollkommen geheilt. Renz wurde auf einem Flugzeug der amerikanischen Regierung bis in eine Höhe von 14 000 Fuß geführt und konnte gleich nach seiner Landung seine Mutter telephonisch von seiner Heilung verständigen.

Schwarz-Weiß-Ausstellung der Akademie.

Zur heutigen Eröffnung.

Es ist schade, daß diese Ausstellung keinen Katalog hat. Nur der Neugier wegen: man wüßte gerne, wieviel Blätter da eigentlich an den Wänden herumhängen. Tausend werden kaum reichen. Man hat sozusagen ein graphisches Warenhaus aufgetan, von rechts bis links alles berücksichtigt und von jedem möglichst viel gebracht. Zu viel sogar. Von jedem die Hälfte, oder wenigstens von den meisten die Hälfte wäre mehr gewesen. Dafür hätte man ruhig einige Maler ganz fortlassen können. Daß es doch immer noch so schwer ist, eine vernünftige Beschränkung durchzuführen, sobald es sich um Maler oder Künstler handelt.

Dem Besucher sei deshalb als Richtschnur das Dichtprinzip der freien Rhythmiker mit auf den Weg gegeben: „Gedenket der Mittelachse!" Man gehe zunächst geradeaus die drei Hauptsäle durch — auf die Nebenräume lasse man sich erst später ein. Eventuell beim zweiten Besuch. Das meiste kennt man ohnehin schon, wenigstens seinem Wesen nach.

Der erste große Saal, die Ouvertüre, gehört der Akademie. Liebermann hat sich hier niedergelassen neben Arthur Kampf, Slevogt und Corinth — daneben Kokoschka als Vertreter der verjüngten Akademie (er wirkt langsam in der Tat wie Akademie der jüngeren Generation — trotz seiner Dramen). Sehr schön im Menschlichen wieder ein paar Blätter von Frau Kollwitz: eine der ganz wenigen Frauen, die weiblich redet, und der man das Soziale als Gefühl glaubt. Gute Aquarelle von Corinth hängen daneben, Landschaften, die vom Realen ganz gelöst sind und gerade darum wirklich wirken. Auch von Curt Herrmann notiert man ein schönes Aquarell, neben Holzschnitten und Lithographien von Barlach, amüsanten Blättern von Campendonk, einigen Kunstgewerblichkeiten von Th. Th. Heine. Zum Schluß als Nachtisch die Blätter aus dem Nachlaß Rudolf Wilkes. Es sind lange nicht seine besten: trotzdem sind sehr lustige Sachen dabei. Diesem Mann war Zeichnen natürlicher Ausdruck: wie andere schreiben oder oder reden, so zeichnet er. Man sieht wieder einmal, wie viel der ganze Simplicissimuskreis von ihm empfangen hat.

Es folgt die Gedächtnisausstellung für Adolf von Hildebrand. Sie gibt nur Andeutungen — ein paar gute, ein paar schwache. Die Beziehung zu Marées und seinen Einfluß geben die Zeichnungen und Bilder; für Hildebrands Theorie spricht der Kugelspieler, ein Musterbeispiel der Lösung einer plastischen Aufgabe im Sinne des „Problems der Form": die Flächenvertiefung läßt sich von vorne wie von den Seiten her exakt aufzeigen. Den Wirklichkeitssinn Hildebrands bezeugen die Porträtköpfe, der Siemens, der Abgeordnete Hamacher, am schönsten die Büste der Frau von Veltheim und der Kopf der Gattin Karl Hillebrands. Merkwürdig eine Zeichnung, ein Damenbildnis aus dem Besitze der Frau Professor Georgi; es hat etwas von Lionardo und Mantegna — und zugleich einen Stich ins Rokoko.

Abschluß der Mittelachse ist der große Klingersaal. Handzeichnungen und Studien zu späteren Zyklen. Zum Teil unbekannte, ganz frühe Arbeiten, für die Erkenntnis dieser Seele sehr aufschlußreich. In fast allen bleibt der harte Wirklichkeitsrest, der alle Arbeiten von im tiefsten Grunde nicht rein auf Aeußerung mit künstlerischen Mitteln gestimmten Menschen kennzeichnet. Etwas wird nicht gelöst, bleibt hart und fremd für sich bestehen, neben aller Form und aller Phantasie. Bei Klinger ist das zum Teil Zeitschicksal: viele seiner malenden und zeichnenden Zeitgenossen haben diesen Zug. Hier sieht man sehr deutlich diese Beziehungen Klingers zur Zeit, sieht Verbindungen zu Menzel oder besser noch zu Skarbina, sieht die präraffaelitischen Zusätze, die in ihm wirken und wunderlich mit seiner naturalistisch verbleibenden Phantasie zusammengehen, zu dem innerlich Illustrativen, das auch den deutschen Impressionismus beherrscht. Unter dem hier Vereinigten sind ein paar sehr schöne Blätter, wie die Landschaft bei Plagwitz, das Blatt „Vor der Schaubude", das am reinsten Vision geworden ist, und die Landschaft aus der Sammlung Vogel. Für Historiker der vorigen Generation ist hier viel Material zu finden.

*

Um diese Mittelachse herum breitet sich das übrige. Man trifft dort alles, was man zu treffen erwartet: Orlik und Meid, Eichhorst und Philipp Frank, Pottner und Ernst Oppler, Dettmann und Kardorff und Dora Hitz und Zille mit Arbeiten in den Qualitäten, die man seit langem kennt. Sie müssen sich mit dieser Feststellung begnügen: Hier seien nach Möglichkeit die Dinge herausgehoben, die man noch nicht von vielen Ausstellungen her kennt.

Da sind zunächst ein paar sehr schöne Blätter des gefallenen Wilhelm Morgner, eine sparsame Federzeichnung einer Landschaft und einige schwere westfälische Aquarelle. Da sind, von völlig anderer Art, Zeichnungen des ebenfalls schon toten Fritz Schoen, Landschaften von einem sehr feinen Gefühl, mit einer sehr sympathischen sorgfältigen Sachlichkeit hingestellt. Dann notiert man schöne Holzschnitte Ludwig von Hofmanns, ein paar treffliche Landschaften von Christian Rohlfs, sowie zwei ganz schlichte und darum sehr feine Aquarelle des alten Karl Scherres aus dem Jahre 1861. Eine Anzahl etwas magerer Blätter von Karl Hofer weisen auf eine innere Verwandtschaft zu Lehmbruck; während Rudolf Großmann zwischen Pascin und Rodin seine Wege sucht. Von Felix Meseck notiert man gute Radierungen und freut sich der Unbeirrtheit, mit der er seinen Weg geht; ebenso sagt man zu den gefühlt phantastischen Radierungen von Claus Richter um so lieber ja, als man zu seiner Malerei in der letzten Zeit immer wieder nein sagen mußte. Zwei Radierungen des Kunsthistorikers Professor Kern verzeichnet man als Raritäten — hält noch einen Moment bei den Landschaften von Scheuritzel, in denen Gefühltes ist, bei den ganz feinen Aquarellen von Richard Kannenberg und Josef Eberz, bei Landschaften von Ludwig Kath, um mit dem Gefühl zu scheiden: Weniger wäre bestimmt mehr gewesen. Auch nützlicher für die ausgestellten Maler.

Fechter.

Der Schriftsteller und unsere Zeit. Anläßlich der diesjährigen Hauptversammlung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller findet am 7. Mai, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses eine öffentliche Versammlung statt. Zu dem Thema: „Der Schriftsteller und unsere Zeit" werden Frau Adele Schreiber, Dr. Alfred Doeblin, Hofrat Dr. Roesch und Hans Kysar sprechen. Eintrittskarten sind im Schutzverband Deutscher Schriftsteller, Schöneberger Ufer 25, unentgeltlich zu haben.

Sommertheater.

Central-Theater.

„Ilonka".

Wenn man im Laufe des Winters mehrere Operetten und jetzt, im Monat Mai, gleich zwei hintereinander gesehen hat, kann man die Aesthetik der Operette von heute schreiben. Keine Sorge, ich tue es nicht! Aber den gedankenvollen Betrachter der Zeit gelüstet es doch zu fragen, worin ihre Anziehungskraft besteht, daß im Winter ein großer Teil der Theater und im Sommer fast alle sie pflegen. Du denkst, kluger Leser: in der Musik? Aber das ist es ja gerade: sie kann es nicht sein. Denn dies ist leicht festzustellen: die Musik der normalen Operette von heute ist so unbedeutend, so unoriginell, so geistlos und gefühlsleer, daß sie den Zauber der Operette nicht bilden kann. Sie wird offenbar auch gar nicht um ihrer selbst willen, d. h. aus Freude am Musizieren, komponiert, sondern quält sich nur mit der Unter- und Ausmalung der zwei wesentlichen Gehaltsfaktoren der Operette ab: der schmachtenden Sentimentalität und der meist niggerhaft grotesken Tanznummern (und entwickelt hierbei gelegentlich rhythmischen und instrumentalen, aber stets abgeleiteten Witz — so auch in „Ilonka").

Damit kommen wir dem Zauber näher. Er liegt erstens in der urewig wirksamen Rührseligkeit. (Was das heutige Publikum davon wünscht und verträgt, zeigt in Reinkultur die Beoperung von „Alt-Heidelberg". — Beispiel ist auch „Ilonka": Sie ist Sängerin aus Ungarland, er ist Tenor, und ihre Liebe glüht. Er aber ist verschuldet, und er verlobt sich — erster Akt — kaltlächelnd mit der reichen Gräfin. Glückseligkeitsduett hier, Schmerzenswalzer dort. Er kann sie, sie kann ihn nicht vergessen: Scheidungsstimmung im Foxtrottempo hier, Herzeleid im Czardasrhythmus dort. Wiedersehen im dritten Akt. Er, mit leidenschaftlich gepreßter Stimme: Sei wieder mein! Sie, starren Blicks: Nein, nein! Warum, ach warum! Da weiß er, sie liebt ihn noch. Adieu, Gräfin; und in den Armen liegen sich beide). Zweiter Faktor aber ist die Zurschaustellung und die tänzerische und groteskkomische Ausnutzung des Körpers. Dies ist ein wesentlicher Vorzug der Operette vor dem heutigen Sprechtheater, dessen Darsteller im allgemeinen jedes gymnastisch-theatralische Verhältnis zu ihrem Körper verloren haben. Die Operettenkünstler aber haben es noch, einige durch Ueberlieferung, einige kraft neuer Eroberung. Damit ist freilich nichts Grandioses im Sinne der körperlichen Dämonie älterer Zeiten gemeint. Aber was vorhanden ist, vor allem bei den Komikern, ist eine körperliche Rührigkeit, deren scharfe Drastik es nicht bloß zu unterhaltender körperlicher Komik bringt, sondern manchmal zu jener Ausgelassenheit gelangt, aus der jenseits von Arbeit und Dressur endlich einmal das triebhafte Leben des Theaterspiels hervorbricht. (Momentweise war sowohl körperlicher Witz wie körperliche Ausgelassenheit auch in „Ilonka" zu spüren, etwa in dem Terzett „Jetzt gehn wir ran!"). Daneben spielt natürlich die reine Zurschaustellung mehr oder minder „schöner", mehr oder minder raffiniert geschürzter Körper eine beträchtliche Rolle in der Operette (daß daran auch in „Ilonka" kein Mangel ist, braucht nicht erst betont zu werden).

Wollte ich nun aber den Einzelfall vor die allgemeine Betrachtung rücken, so müßte ich fürchterliche Musterung halten nicht etwa bloß über diesen „Operettenschwank", über den Inhalt und seine Behandlung, sondern auch über das Publikum, das an ihm Gefallen findet. Denn was wir alle Tage mit Schaudern gewahren: den edlen Flimmer neuen Reichtums, den süßen Zauber des Dielenbetriebes, die ganze verkitschte Amüsierlust nicht geringer Großstadtkreise sieht man hier auf der Operettenbühne in heiterer Verklärung sich spiegeln (es bildet den glanzvollen Rahmen der vordem beschriebenen rührenden Geschichte). Doch genug hiervon! Schweig stille, gedankenvoller Betrachter der Zeit!

—l.

*

„Potasch und Perlmutter."

Deutsches Theater (Sommerspielzeit).

Dieser merkwürdige Titel deckt eine Herrnfeldiade, die aus der ostjüdischen Heimat über Amerika nach Berlin — soll man sagen: zurückgelangt ist? Zuerst, wenn es losgeht, denkt man: Es kann unter Umständen amerikanisch werden, mit Groteske und Excentric und allem Zubehör. Schon in den nächsten Szenen erkennt man aber, daß das Amerikanische nur aufgeklebt ist, fühlt sich wesentlich berlinisch berührt und ist geneigt, sich aus konfessionellen Gründen und mangels näherer Beziehung zur Konfektion für unzuständig zu erklären. Schon im zweiten Akt aber merkt man, daß hinter dem Ganzen doch etwas steckt, das man vom Kriege und langem Aufenthalt in Ober-Ost sehr genau kennt: nämlich das brave sentimentale jüdische Theater. Was grotesk begann, wird Volksstück mit Gesang; die gerissenen Geschäftsleute, die der Titel nennt, beginnen von Edelmut und Sentimentalität zu triefen, und am Ende endigt alles so glücklich und schön, wie nur im Märchen oder in den primitiven Stücken des Wilnaer oder Warschauer Theaters. Man könnte das Stück (als Verfasser zeichnen ein Herr Montague Glaß und ein Herr C. Klein) glatt im Jargon spielen, aus dem es auch sicherlich übertragen ist, soweit man es nicht in der leicht berolinisierten Ursprache belassen hat.

Der Inhalt? Zwei New Yorker Kompagnons der Konfektionsbranche, die Titelhelden, die sich ewig zanken, haben einen jungen Russen engagiert. Er wird verhaftet — wegen angeblicher Bombenattentate — und soll ausgeliefert werden. Die Chefs setzen sich für ihn ein, stellen Kaution; einer, dessen Tochter sich in den Russen verliebt hat, hilft ihm zur Flucht — die Kaution verfällt. Klein Tränen. Da kehrt der Verschwundene zurück. Seine Unschuld hat sich herausgestellt, er kann heiraten — ebenso wie der zweite Kompagnon, der mit der Hand der genialen Modezeichnerin seines Geschäfts belohnt wird.

Diesen zweiten Mann, Herrn Perlmutter, spielt Herr Graetz — und er trägt das Stück. Er überträgt es nach Berlin, an den Hausvogteiplatz; zugleich ist er so echt wie einst die Herrnfelds in ihren besten Zeiten. Es gibt Momente, wo er etwas von der Konzentriertheit des Varietés hat; dazwischen liegen leere Strecken (für die er nichts kann); dann reißt er wieder mit einem Wort, einer Geste, alles heraus — so daß das Publikum, soweit es zuständig ist, vor Lachen aufjubelt. Sein Partner ist Herr Ettlinger, behäbiger, älter, weniger scharf, dafür von vornherein offen sentimental. Als dritte im Bunde Fräulein Christians als Modezeichnerin — dazu Herr Hollmann als Rechtsanwalt und Herr Nunberg als Reisender. Die Regie des Herrn Iwan Schmith (eine vertrackte Orthographie!) sorgte für Tempo, falls sich das nicht mehr von selbst aus der Laune des Herrn Graetz und nachher auch des Fräulein Christians ergab. Das Publikum war beglückt.

F.

Die in Altona aufgefundene Dichtung „Joseph", die ihr Entdecker, Geheimrat Professor Dr. Paul Piper, dem jungen Goethe zuschreibt, worüber ein heftiger Streit entbrannt ist, kommt demnächst in einer „Matinee" zum Vortrag. Die Veranstaltung, deren Ertrágnis dem in finanzielle Nöte geratenen Goethe-Museum zu Frankfurt a. M. zufließen soll, findet im „Kleinen Theater" statt. Für die Rezitation der Hauptstücke aus „Joseph" wurde Dr. Erich Drach, Lektor an der Berliner Universität, gewonnen. Ihr werden in die Dichtung einführende, den Streit um sie berührende Worte vorangehen.

Die ersten Ehrendoktoren der Bergakademie Clausthal. Von der Bergakademie zu Clausthal sind zu Ehrendoktoren ernannt worden der bekannte Technologe und Metallograph, bisherige ordentliche Professor an der Berliner Technischen Hochschule, seit 1. April Direktor des neugegründeten Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Neubabelsberg, Geh. Rat Emil Heyn, und der Ordinarius der physikalischen Chemie an der Göttinger Universität, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Gustav Tammann.

Reichshauptstadt.

Der „Notausgang“.

Das Polizeipräsidium hat angeordnet, daß in Zukunft eine behördliche Ueberwachung der „Notausgänge“ der Berliner Kinos stattfinden soll. Man darf annehmen, daß diese Maßnahmen, die im allgemeinen Interesse gewiß nur zu begrüßen ist, sich nicht auf die teilweise über eine verschwenderische Fülle von Raum verfügenden, mit breiten Treppen und Korridoren ausgestatteten Filmpaläste bezieht, von denen einige an Prunk und Bequemlichkeit manches „richtige“ Theater weit übertreffen. Es handelt sich offenbar um eine schärfere Kontrolle der kleinen, finsteren und engen Kinos, die in allen Stadteilen Berlins, selbst in den elegantesten Gegenden des Westens, anzutreffen sind. Wer sich gelegentlich in eines von ihnen verirrt, braucht nicht besonders ängstlichen Gemütes zu sein, um bei dem Gedanken an eine Panik von schreckhaften Vorstellungen befallen zu werden. Man sagt sich im stillen, daß ein einziger, begründeter oder unbegründeter Ruf: „Feuer!“ genügen könnte, eine schauerliche Katastrophe herbeizuführen und namentlich den Inhabern der vordersten Sitzreihen verhängnisvoll zu werden.

Doch noch eine andere Betrachtung drängt sich auf. Muß im Theater, gleichgültig welcher Art, überhaupt „Notausgänge“ besitzen? Birgt das Wort nicht einen inneren Widerspruch in sich? Und man meint, nicht „Notausgänge“ seien vonnöten, sondern genügende, möglichst viele Ausgänge, die stets während der Spielbauer weit geöffnet und deren Schlüssel nicht erst im Augenblick der Gefahr gesucht werden müßten.

Jahrzehntelang hatte das Berliner — damals königliche Schauspielhaus am Gensdarmenmarkt einen einfach idealen Notausgang in der breiten äußeren Treppe, die zu dem Schinkelbau hinaufgeleitete, doch normaler Weise unbenutzt blieb, trotzdem Schinkel sie sich schwerlich nur als eine Zierde der Fassade gedacht hatte. Täuscht uns das Gedächtnis nicht, so war es dem persönlichen Eingreifen Kaiser Wilhelms II. zu verdanken, daß die stattliche Freitreppe ihrer Bestimmung übergeben wurde.

Die grausigen Theaterbrände der letzten Jahre und Jahrzehnte — der Opéra-Comique in Paris, des Wiener Ring-Theaters bis zu dem unlängst in Barcelona durch Feuer vernichteten Theaters — haben zweifellos so zahlreiche Opfer nur gefordert, weil nicht genügend Ausgänge vorhanden waren und das lodernde Element so rasend schnell um sich griff, daß keine Zeit blieb, die Notausgänge zu öffnen. Ist es doch bei einigen dieser Brände vorgekommen, daß die Menschen auf ihren Sitzen, in den Logen bei lebendigem Leibe verbrannten, weil das flüchtende Publikum sich vor den wenigen Ausgängen staute. Bei dem Brande der Opéra-Comique erwies sich überdies die kaum faßbare Einrichtung, daß die Türen sich nach inenn, statt nach außen erschlossen, als mörderisch, da der Druck der anbrängenden Menschenleiber so stark war, daß ein Oeffnen der Türen unmöglich wurde. Durch Schaden wurde man damals klug, obwohl, noch immer gerade eine Reihe von Pariser Theatern weder hinreichend Ausgänge, noch irgendwelche Notausgänge haben.

Dr. A. v. W.

Schnee im Mai. Der Berliner, der heute durch den kalten Morgen seiner Arbeitsstätte zueilte, erlebte die böse Ueberraschung, daß sein schöner neuer Frühlingshut mit regelrechten Schneeflocken geziert wurde. Auch die Wärme war nicht so, wie man sie sich gewöhnlich für den Wonnemonat Mai zu denken pflegt, sie ähnelte im Gegenteil ganz verzweifelt den bösen Wintertagen. Man mußte eben die Erfahrung machen, daß in unserer materiellen Zeit selbst die Natur ihre voreilige Freundlichkeit bereut und den warmen, fast sommerlichen Vorfrühlingstagen noch ein paar kalte, regnerische Maitage nachsendet, um uns Uebermütige nicht zu verwöhnen. Das Himmelfahrtsfest selbst zeigt hoffentlich ein freundlicheres Gesicht.

Die Aufhebung der Milchbewirtschaftung am 1. Juni stellt die Stadt Berlin vor neue Probleme. Der Magistrat hat bisher immer wieder darauf hingewiesen, daß er auf eine Rationierung nicht verzichten könne im Interesse der Sicherstellung genügender Mengen für die Kinder, Kranken und Krankenhäuser. Die Rationierung wird daher vermutlich auch weiter aufrechterhalten werden, es bleibt aber die Frage offen, wie sich die Preise gestalten werden. Der Magistrat kann wohl die Rationierung beibehalten, aber nicht die Preise wie bisher bestimmen. Bisher hat die Stadt bedeutende Mittel zur Verbilligung der Milch aufwenden müssen. Endgültige Maßnahmen können jedoch für den Augenblick noch nicht erwartet werden. Aus den Kreisen der Milchhändler wird bereits eine Protestaktion gegen die Absicht der Beibehaltung der Rationierung gemeldet. Dagegen wird wahrscheinlich der Freigabe der Butter in Berlin nichts im Wege stehen, da den Städten nur wenig Butter noch zugeführt wird.

Die Berliner Sängerfahrt nach Deutsch-Oesterreich. Am heutigen Mittwoch tritt der Berliner Sängerverein eine Fahrt nach Deutschösterreich an, die als Kundgebung der Reichsdeutschen für den Anschlußgedanken gedacht ist. An der Reise werden sich 170 Teilnehmer, davon 150 singende Mitglieder des Vereins, beteiligen.

Einbrecher als Schatzgräber.

Auf dem Fideikommißgut Oderbeltsch der Berliner Familie Gilka-Bötzow wurde vor einigen Wochen ein großer Einbruch verübt. Die Diebe drangen durch ein Fenster in das Schloß ein und stahlen für 300 000 Mark Silbersachen, die sie in Decken einpackten und wegschleppten. Die Ermittelungen ergaben, daß die unbekannten Täter in einem Nachbarort als Geschäftsreisende in einem Gasthof gewohnt hatten. Es verbreitete sich nun das Gerücht, die Einbrecher hätten ihre wertvolle Beute nicht gleich mitgenommen, sondern in einer Schonung, die zu dem Gute gehört, in den Decken zunächst vergraben. Man fand aber keinen Anhalt, der das Gerücht bestätigt hätte. Es wurde jedoch ein umfangreicher Ueberwachungsdienst eingerichtet, um die Einbrecher beim Abholen der Beute zu fassen. Es beteiligten sich daran der Reichswasserschutz, die Förster und andere Angestellte des Gutes. Das Gerücht hat sich endlich bestätigt.

Aber trotz des Ueberwachungsdienstes ist es den Einbrechern gelungen, sich des Schatzes, den sie tatsächlich in der Schonung vergraben hatten, zu bemächtigen und unbemerkt damit zu entkommen. Nachdem man viele Tage und Nächte schon vergeblich aufgepaßt hatte, fand man endlich die Stelle, an der das Silberzeug vergraben gewesen war. Aber jetzt lagen nur noch die leeren Decken da, außerdem eine Menge abgebrannter Streichhölzer. Nach den Spuren, die nachträglich gefunden wurden, sind die Verbrecher mit einem Kahn über die Oder gekommen, um den vergrabenen Schatz zu heben. Jetzt sucht ihn die Kriminalpolizei in Berlin. Denn nach bestimmten Anzeichen sind die Täter ohne Zweifel Berliner Einbrecher.

Die „Perle“. Eine gemeingefährliche Diebin, über deren Raubzüge wir s. Zt. berichtet haben, mußte sich jetzt vor der Strafkammer verantworten. Es war dies die schon vielfach vorbestrafte angebliche Stütze Frieda Walter, deren Photographie schon seit einer Reihe von Jahren das Berliner Verbrecheralbum ziert. — Die Angeklagte ließ sich auf Grund gefälschter und natürlich vorzüglich lautender Zeugnisse als Dienstmädchen oder Stütze einstellen, um schon in derselben Nacht, spätestens aber am nächsten Tage, unter Mitnahme von Kleidungsstücken, Pelzwaren, Brillantschmucksachen usw. spurlos zu verschwinden. In einigen Fällen räumte sie sogar die Speisekammer aus. Wegen dieser Straftaten ist die W. in den letzten Monaten von den verschiedensten Gerichten zu 6 Jahren, 4 Jahren, 5 Jahren und 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Außerdem wurde sie wegen weiterer 15 Fälle gesucht, welche jetzt zur Anklage standen. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von 7 Jahren Zuchthaus.

Freigabe von Abschnitten der Kohlensonderkarten. Das Kohlenamt Berlin teilt mit, daß vom 5. Mai ab zur Entnahme und Abgabe von Kohlen folgende weitere Abschnitte freigegeben werden: Abschnitt 4 der Zweizentner-Sonderkarte, Abschnitt 4 bis 10 der Fünfzentner-Sonderkarte.

Variétés.

Das **Kabarett „Schall und Rauch“** in den Souterrains des Großen Schauspielhauses ist jetzt Bierkeller geworden und hat kleine Preise, kleine Kräfte und kleinbürgerliches Publikum. Von dem einstigen Geist Max Reinhardts ist kein Atom mehr zu verspüren. Es gibt (in Anlehnung an das Je-ka-fi = „Jeder kann filmen“ aus der Skala) eine Sommernachtstraumparodie Je-ka-mi = „Jeder kann mitmimen“, in der die schöne Sascha Gura viel zu rassig ist, als daß sie in dem Kinkerlitzchen mitspielen dürfte. Der Sketch ist von dem unternehmungslustigen Journalisten, Abenteurer, Filmmann Eugen Szatmari gefertigt. Drollig ist Lotte Hanns, wenn sie sich in ihrer Vortragsnummer zwischen Unterlippe und Nasenflügel zwei Zündhölzer einklemmt und auf die Weise die Söneland kopiert. Der „kesse“ Dichterimprovisator Paul Steinitz, der sonst mit ziemlicher Verve und rasch die „geistvollen“ Zurufe aus dem Publikum zu Versen schmiedet, wurde am Presseabend wahrhaftigen Gottes durch eines anwesenden Schauspielers Zurufe völlig nervös gemacht, aus dem Konzept gebracht und bot eine recht traurige Figur. „Du sollst dem Löwen nicht auf den Schwanz treten …“

Chr. B.

„Wintergarten.“ Maiprogramm. Am witzigsten und sympathischsten Harry Hauptmann am Flügel. Spielerisch leicht klimpert er einem die Geheimnisse moderner Kompositionswerkstätten aus. Spielt z. B. Parsifal und gleich darauf den aus Parsifal-Motiven zusammengestohlenen neuesten Fox-Trott, zeigt, daß der letzte Jazz aus einem uralten deutschen Volkslied besteht, wirbelt aufs verblüffendste alle möglichen miteinander verwandten Melodien so durcheinander, daß man sich denken müßte: Walzer und Operettenschlager komponieren sei leichter als Radfahren und Stenographie. — Ein Springer auf rollenden Fässern ist da zu sehen und — neben einer recht einfältigen Veräppelung des Militarismus — ein Spitzweg-Idyll, gesungen von einem Männerquartett, das besonders durch sein Lied: „Der Rhein muß deutsch bleiben“ Applaus erregt. Die Tänzerin Maria Warhuus tanzt mit ihrer Porzellanpuppengrazie allerhand Tänze, sehr nett anzusehen; ihr Partner, mit Braunolin gebräunt, hat zwar guten Körperbau, tanzt aber nicht erstklassig. Die Vortragskünstlerin Ilse Bois (von Kabaretts her vielen bekannt) ist drollig; sie amüsiert sich nämlich selber über ihre Sachen; gute Laune hat die ulkige Person, sie könnte aber ruhig kürzer sein und mehr Tempo bringen.

Chr. B.

Skala. Das Maiprogramm zeichnet sich nicht gerade durch sensationelle Originalität aus. Die meisten Nummern sind Kleinstadt-Niveau. Von den uralten Bekannten „verblüfft“ die Verwandlungskünstlerin Fregolia wiederum durch ihr blitzschnelles An- und Ausziehen als einzige Darstellerin in einem Sketsch von acht Personen. Der nachfolgende Film, der das Geheimnis der schnellen Verwandlungen dem staunenden Publikum enthüllt, bereitete vielen mächtiges Vergnügen. Ernst Matray und Katta Sterna bringen Tanzszenen, die besten sind „Gullinak“ und „Gassenhauer“. Schade nur, daß die Musik so manches liebe Mal versagte.

S.

Kirchenzettel für Berlin

Am Himmelfahrtstage, den 5. Mai, werden in Berlin nebst Charlottenburg und Schöneberg predigen:

Adventskirche (Elbinger Straße 23). Pred. Franke 10 Uhr. Pred. Ziemer 6 Uhr. — **Alt-Schöneberger Paul-Gerhardtkirche** (Schöneberg, Hauptstraße 47). Pred. Heift 10 Uhr. Pred. Delbrück 6 Uhr. — **St. Andreaskirche** (Stralauer Platz). Kein Gottesdienst. — **Apostel-Pauluskirche** (Schöneberg, Grunewaldstraße). Pred. Braun 10 Uhr. Pred. Rodatz 6 Uhr. — **Auferstehungskirche** (Friedenstraße 93). Pred. Baethke 10 Uhr. Pred. Beck 6 Uhr. — **St. Bartholomäuskirche.** Pred. Laffon 10 Uhr. Pred. Kulemann 6 Uhr. — **St. Bethlehemskirche** (Platz an der Krausen- und Mauerstraße), ev.-luth.-böhm. Gemeinde. Kein Gottesdienst. — **Bethlehemskirche** (ev.-reform. - böhmische Gemeinde). Pred. Kühn-Steinhausen 10 Uhr. Pred. Schulz 6 Uhr. — **Christuskirche.** Pred. Schmidt 10 Uhr. Prediger Pleß 6 Uhr. — **Dankeskirche** (Weddingplatz). Pred. Eigidi 10 Uhr. Pred. Abramczyk 4 Uhr auf dem Friedhofe. Pred. Abramczyk 6 Uhr. — **Dom-Kirche.** Hofpred. Vits 10 Uhr. Hofpred. D. Doehring 6 Uhr. — **Dorotheenstadtkirche** (Mittelstr. 28). Pred. Henckel 10 Uhr. Pred. D. Schneemelcher 6 Uhr. — **Dreifaltigkeitskirche** (Mauerstraße). Pred. Stoevesandt 10 Uhr. Pred. Graf v. Lüttichau 6 Uhr. — **Elias-Kirche.** Pred. Kremer 10 Uhr. Pred. Reck 6 Uhr. — **St. Elisabethkirche** (Invalidenstraße 3). Pred. Lic. Eichberg 10 Uhr. Pred. Horst 6 Uhr. — **Emmauskirche** (Lausitzer Platz). Pred. Nierhoff 10 Uhr. Pred. Walkhoff 6 Uhr. — **Epiphanienkirche** (Westend, Knobelsdorffstraße). Pred. Guin de Boutemard 10 Uhr. Pred. Hertel 6 Uhr. — **Erlöserkirche** (Wikingerufer). Pred. Manger 10 Uhr. Pred. Manger 6 Uhr. — **Französ.-reform. Kirchen: Klosterkirche.** G. K. R. Devaranne 10 Uhr. — **Friedrichstadt.** Pred. Lorenz 10 Uhr. — **Hospital. Louisenstadt.** Pred. Peronne 10 Uhr. — **Friedenskirche** (Ruppiner Str. 28). Pred. Coulon 10 Uhr. — **Friedrich Werdersche Kirche** (Werderscher Markt). Pred. Stolzenburg 10 Uhr. Pred. Pfefferkorn 6 Uhr. — Pred. Brüßau 10 Uhr. Pred. Lic. Hachmeister 6 Uhr. — **Galiläakirche** (Rigaer Str. 10). Pred. Hanstein 8 Uhr. Pred. Brucks 10 Uhr. — **Alte Garnisonkirche** (Neue Friedrichstraße). Kein Gottesdienst. — **Neue Garnisonkirche** (Kaiser-Friedrich-Platz). Kein Gottesdienst. — **Invalidenhauskirche.** Pred. Wallis 10 Uhr. — **St. Georgenkirche** (Georgenkirchplatz). Pred. Zimmer 10 Uhr. Pred. Lic. Bittlinger 6 Uhr. — **Gethsemanekirche** (Stargarder Straße und Schönhauser Allee). Pred. Frensche 10 Uhr. Pred. Wendland 6 Uhr. — **Gemeindehaus** (Gethsemanestr. 9). Pred. Finsch 10 Uhr. — **Gnadenkirche** (Invalidenpark). Pred. Holstein 10 Uhr. Pred. Haase 6 Uhr. — **St. Golgathakirche** (Borsigstr. 6). Pred. Lic. Jansa 10 Uhr. Pred. Berndt 6 Uhr. — **Gustav-Adolfkirchengemeinde** (Charlottenburg, Lützower Kirche). Pred. Paarmann 10 Uhr. — **Heilandskirche** (Thusneldaftraße). Pred. Keil 10 Uhr. Pred. Moller 6 Uhr. — **Heilige Geistkirche** (Perleberger Straße). Pred. Schalke 10 Uhr. Pred. Breithaupt 6 Uhr. — **Himmelfahrtskirche** (Brunnenstr.). Pred. Preuß 10 Uhr. Pred. Ungnad 6 Uhr. — **St. Jakobikirche** (Oranienstr. 133). Pred. Eitner 10 Uhr. Pred. Braumann 6 Uhr. — **Immanuelkirche** (Prenzlauer Allee 28). Pred. Rauck 10 Uhr. Pred. Heinecke 6 Uhr. — Zelterstraße 9. Pred. Heinecke 10 Uhr. — **Jerusalemskirche** (Jerusalemer Str.). Pred. D. Brückner 10 Uhr. Kand. Bertram 6 Uhr. — **St. Johanniskirche** (Alt-Moabit 24/25). Pred. Runze 10 Uhr. Pred. Eger 6 Uhr. — **St. Johannes Evangelistkirche** (Auguststraße 90). Pred. Hammer 8 Uhr. Pred. Diebert 10 Uhr. — **Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche** (Händelstraße 14). Pred. Eichstädt 10 Uhr. Pred. Maßing 2½ Uhr für ev. Flücht. aus Rußl. Vikar Hohmann 6 Uhr. — **Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche** (Auguste-Viktoria-Platz). Pred. Nithak-Stahn 10 Uhr. Geh. Ob.-Konf.-Rat D. Conrad 6 Uhr. — **Gemeindehaus:** Pred. Mauff 10½ Uhr. — **Kapernaumkirche** (Seestraße). Pred. Kotterba 10 Uhr. Pred. Berlich 6 Uhr. — **Königin-Luise-Gedächtniskirche** (Am Gustav-Müller-Platz). Pred. Pfücker 8½ Uhr. Pred. Kunst 10 Uhr. — **Lazaruskirche.** Pred. Kracht 10 Uhr. Pred. Lengning 6 Uhr. — **Lietzenseekirche** (Charlottenburg, Herbartstraße 4). Pred. Frederking 10 Uhr. Pred. Eitner 6 Uhr. — **Luisenkirche** (Charlottenburg, Kirchplatz). Pred. Lic. Kraatz 10 Uhr. Pred. Rhode 6 Uhr. — **Lützowerkirche** (Am Lützow). Oberpfr. Richter 6 Uhr. — **Luisenstadtkirche** (Alte Jakobstr. 53—56). Pred. Lic. Augar 10 Uhr. Pred. Thießen 6 Uhr. — **St. Lukaskirche.** Pred. Elsaßer 8 Uhr. Pred. Rocha 10 Uhr. — **Lutherkirche** (Dennewitz-Platz). Pred. Lic. Wielandt 10 Uhr. Pred. Wüst 6 Uhr. — **St. Marienkirche** (Am Neuen Markt). Pred. Graue 10 Uhr. Pred. Schubring 6 Uhr. — **St. Markuskirche** (Weberstraße 54 bis 55). Pred. Cramer 10 Uhr. Pred. Rieblich 6 Uhr. — **Marthakirche** (Glogauerstr. 22). Pred. Betenstedt 8 Uhr. Pred. Baumann 10 Uhr. — **St. Matthäikirche** (Matthäikirchstraße). Pred. Seifert 10 Uhr. Sup. Israel 6 Uhr. — **Melanchthonkirche** (Am Urban). Pred. Tamaschke 10 Uhr. Pred. Steiniger 6 Uhr. — **Nathanaelkirche** (An der Rubensstraße). Pred. Wagner 8½ Uhr. Pred. Lic. Becker 10 Uhr. — **Nazarethkirche** (Leopold-Platz). Pred. Schwochow 10 Uhr. Pred. Rother 6 Uhr. — **Neue Kirche** (Gendarmenmarkt, am Deutschen Dom und an der Mohrenstraße). Pred. Ritter 8 Uhr. Pred. Lic. Eißfeldt 10 Uhr. — **St. Nikolaikirche** (An der Probststraße). Archidiak. Behse 8½ Uhr. Gen.-Sup. Probst D. Haendler 10 Uhr. — **Oelbergkirchengemeinde** (Forsterstraße 9). Sup. a. D. Küche 8 Uhr. Pred. Schöne 10 Uhr. — **Osterkirche** (Samoastraße). Pred. Groth 10 Uhr. Pred. Teichmann 6 Uhr. — **Parochialkirche** (Klosterstraße). Pred. Schott 10 Uhr. Pred. Heldt 6 Uhr. — **Passionskirche** (Marheineke-Platz). Pred. Haseloff 10 Uhr. Pred. v. Bergh 6 Uhr. — **Paul-Gerhardtkirche** (Wisbyer Straße 7). Pred. Hörnicke 10 Uhr. Pred. Kaeding 6 Uhr. — **St. Pauluskirche** (Badstr. 51). Pred. Lüddeckens 10 Uhr. Pred. Kohlweyer 6 Uhr. — **St. Petrikirche** (Petriplatz). Pred. Pösche 10 Uhr. Pred. Habicht 6 Uhr. — **Pfingstkirche** (Petersburger Platz 5). Pred. Gruber 10 Uhr. Pred. Brandt 6 Uhr. — **St. Philippus-Apostelkirche** (Philippstr. 11). Geh. K.-R. Sup. D. Rosenfeld 10 Uhr. Pred. Küster 6 Uhr. — **Reformationskirche** (Wiclefstr.). Pred. Jakulski 10 Uhr. Dom-Kand. Schauer 6 Uhr. — **Samariterkirche** (Wirbachstraße). Pred. Hachtmann 10 Uhr. Pred. Schmidt 6 Uhr. — **Segenskirche** (Schönhauser Allee 161). Pred. Wachsmann 10 Uhr. Pred. Wieck 6 Uhr. — **St. Simeonskirche** (Wassertorstr. 21a). Pred. Winkler 10 Uhr. Pred. Ohagen 6 Uhr. — **Sophienkirche** (Sophienstraße). Sup. a. D. Wuttke 10 Uhr. Pred. Vogel 6 Uhr. — **Stephanuskirche** (Prinzen-Allee, Ecke der Soldiner Straße). Pred. Hoehne 10 Uhr. Pred. Rogge 6 Uhr. — **Taborkirche** (Taborstraße 17). Pred. Heinzel 10 Uhr. Pred. Schmidt 6 Uhr. — **St. Thomaskirche** (Mariannenplatz). Geh. Konf.-Rat D. Kahlwes 10 Uhr. Festgottesd. d. Gustav-Adolf-Frauenvereins. Pred. Horn 6 Uhr. Familienabend mit Lichtbildervortrag. Ansprache Pred. Lic. Böhlig. — **Trinitatiskirche** (Charlottenburg, Karl-August-Platz). Pred. D. Freitag 10 Uhr. Pred. Devaranne 6 Uhr. — **Versöhnungskirche** (Bernauerstraße). Pred. Kersten 10 Uhr. Pred. Ray 6 Uhr. — **Zionskirche** (Zionskirchplatz). Pred. Weiß 10 Uhr. Pred. Ewald 6 Uhr. — **Kirche zum Heiligen Kreuz** (Am Johannistisch). Konf.-Rat a. D. Friedrich 10 Uhr. Pred. Franke 6 Uhr. — **Zum Heilsbronnenkirche.** Pred. Lic. Dibelius 10 Uhr. Kand. Kurras 6 Uhr. — **Zwinglikirche.** Pred. Lehmpfuhl 10 Uhr. Pred. Horn 6 Uhr. — **Zwölf Apostelkirche.** Pred. von der Heydt 10 Uhr. Pred. Schulze 6 Uhr.

*

Lichterfelde. Giesensdorfer Kirche. Pred. Bergemann 10 Uhr. — **Johanneskirche.** Pred. Steinmann 10 Uhr. — **Petruskirche.** Pred. Muhs 10 Uhr. — **Pauluskirche.** Pred. D. Stock 8 Uhr. Pred. Lic. Grünefisen 10 Uhr.

Wilmersdorf. **Kirche an der Wilhelmsaue.** Pred. Kögel 10 Uhr. Pred. Winkler 6 Uhr. — **Gemeindehaus.** Pred. Ulich 10 Uhr. — **Cecilien-Schule.** Pred. Frommel 10 Uhr. — **Fichte-Gymnasium.** Pred. Ulich 10 Uhr. — **Hochmeisterkirche.** Pred. Kaiser 10 Uhr. Pred. Ulich 6 Uhr.

Altlutherische Pfarrgemeinde (Klosterkirche, Klosterstraße 73a). Donnerstag vormittags 10 Uhr Hochamt in deutscher Sprache.

Barometer- und Thermometerstand
bei Pettipierre, Friedrichstr. 68

Am	3. abends	8 Uhr 749,0 mm	+12,5	Grad C
Am	4. morgens	8 Uhr 748,0 mm	+ 7,5	Grad C
Am	4. mittags	1½ Uhr 749,5 mm	+ 9,5	Grad C

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend.

Zeitweise etwas aufklarend, jedoch kühl und überwiegend bewölkt mit wiederholten Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Mittwoch, den 4. Mai 1921.

Die neuen Ausführungen zum Umsatzsteuergesetz.

Von
Geh. Regierungsrat Ministerialrat Dr. Popitz.

II.

Neben dem mehr steuertechnischen Mittel der Erleichterung der Luxusbesteuerung ist versucht worden, dem Problem einer Vereinfachung noch auf anderen Wege näherzukommen. Der Vorwurf, dass die Ausführungsbestimmungen in der Abgrenzung von luxussteuerpflichtigen und luxussteuerfreien Gegenständen sich zu sehr auf Einzelheiten einliessen, ist sicherlich in vieler Beziehung berechtigt. Nur ist dazu zu bemerken, dass in weitem Umfange diese Vielfältigkeit gerade den Wünschen der einzelnen beteiligten Industriekreise entspricht: immer wieder werden Ausnahmen von bestimmten, die Luxussteuer herbeiführenden Normen angestrebt, und die Erörterungen führen nicht selten zu Vereinbarungen, die wieder Ausnahmen von den zugestandenen Ausnahmen notwendig machen. Man kann sehr zweifeln, ob ein solches Bestreben, jede einzelne Härte zu beseitigen und für jeden möglichen Gebrauchsgegenstand besondere Berücksichtigung seiner vorhandenen oder angeblichen Eigenart durchzusetzen, wirklich zu wirtschaftlich erwünschten Ergebnissen führt. Es werden dadurch viel zu sehr Besonderheiten geschaffen, die die Industrie zu stark gebundener Einstellung zwingt und zuweilen die Folge haben kann, dass gewisse Techniken zuungunsten anderer und zum Schaden der Entwicklung bevorzugt werden. Diese Schwierigkeiten werden vermieden, wenn man sich dazu entschliesst, möglichst auf bestimmte Oberbegriffe zurückzugehen und alle darunter fallenden Gegenstände ohne weitere Detaillierung der Luxussteuer zu unterwerfen — selbstverständlich vorausgesetzt, dass bei dem Oberbegriff in aller Regel die Luxuseigenschaft als gegeben anzunehmen ist. Dieses Ziel setzt freilich voraus, dass man sich dazu entschliesst, die Luxussteuer in manchen Fällen in ein etwas früheres Produktionsstadium zurückzuverlegen. Die Abänderungsverordnungen sind in einer Reihe von Fällen nach eingehenden Verhandlungen mit den beteiligten Fabrikantenkreisen zu solchem Ergebnis gekommen. So ist bei den Bilder- und Spiegelrahmen die Luxusbesteuerung in der Mehrzahl der Fälle von den fertigen Rahmen zu den Leisten zurückverlegt worden. Die bisher sehr verwickelte Besteuerung des Tafel- und Spiegelglases, durch die in praktisch kaum durchführbarer Weise die grosse Menge der Gläser zu Steuerpflichtigen gemacht wurde, ist in sehr glücklicher Weise dadurch vereinfacht worden, dass das luxussteuerpflichtige Flachglas bereits bei der Fabrik, also in der Glashütte oder der Glasgieserei, versteuert wird. Bei den Teppichen und den sonstigen Fussbodenbelegen wird die Luxussteuerpflicht allgemein bereits in der Teppichfabrik, auch wenn es sich um Meterware handelt, erhoben, und auch für die Textilhalberzeugnisse, die nach § 15 II. Nr. 30 U. St. G. luxussteuerpflichtig sind (Bänder, ausgenähte Spitzen und Stickereien, Tressenwaren, angefangene Handarbeiten) wird klargestellt, dass bereits der Hersteller der Meterware luxussteuerpflichtig ist. Vielleicht zeigen diese Regelungen einen Weg, auf dem auch noch für andere Gruppen von Luxusgegenständen zu einer Vereinfachung gekommen werden kann.

Die Abänderungsverordnungen enthalten weiter, wie schon hervorgehoben wurde, eine Fülle von einzelnen Befreiungen von der in den Ausführungsbestimmungen zunächst ausgesprochenen Luxussteuerpflicht. Es würde zu weit führen, auf diese Bestimmungen näher einzugehen. Es handelt sich da um zahlreiche einzelne Gegenstände und Einzelwünsche bestimmter Industrien und Landesteile. Man findet Sonderbestimmungen für Bleistifthülsen, für Bierkrüge mit Zinndeckeln, für Rasierapparate, Taschenfeuerzeuge, Brieftaschen, hölzerne Zigarrenetuis usw. Besonders weitgehende Befreiungen sind mit Rücksicht auf die notleidende Industrie für die Geigenbauer und die Zither- und Gitarrenfabrikanten ausgesprochen worden. In der ersten Abänderungsverordnung werden Härten beseitigt, die auf dem Gebiete der Bürstenindustrie und der Zelluloidindustrie sich herausgestellt hatten. Die sehr umstrittenen Gebiete der Besteuerung der Handschuhe und der Strümpfe sind in der zweiten Abänderungsverordnung erneut geregelt worden.

Nur in sehr beschränktem Masse findet sich die Ausdehnung der Luxussteuer auf bisher befreite Gegenstände. Zum Teil hängen solche Ausdehnungen mit dem Bestreben der Vereinfachung zusammen, wie es z. B. bei der unterschiedslosen Unterstellung aller Teppiche und Fussbodenbelege, einschliesslich des Linoleums, unter die Luxussteuer der Fall ist.

Die neuen Vorschriften der beiden Abänderungsverordnungen haben im allgemeinen keine rückwirkende Kraft. Die erste Abänderungsverordnung ist mit dem 1. Januar 1921 und die zweite mit dem 1. April 1921 in Kraft getreten. Zu beachten ist aber, dass viele Bestimmungen nichts materiell Neues, sondern nur Klarstellungen enthalten. Diese Klarstellungen gelten selbstverständlich auch für zurückliegende Fälle. Bei der ersten Abänderungsverordnung war ausserdem dem Reichsminister der Finanzen die Befugnis erteilt worden, einzelnen Befreiungsvorschriften rückwirkende Kraft beizulegen. Das ist in weitem Umfange durch die Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 23. Dezember 1920 („Zentralblatt für das Deutsche Reich“ 1921 S. 41) geschehen.

Abbau der Ausfuhrkontrolle.

Die über Deutschland verhängten „Sanktionen“ stellen eine derartig starke Belastung des deutschen Aussenhandels dar, dass nach Mitteln und Wegen gesucht werden muss, die Exportindustrie von diesem Druck möglichst zu entlasten. Ein Mittel bietet sich in dem Abbau der auf Grund der Verordnung vom 20. Dezember 1919 eingeführten Aussenhandelskontrolle. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen veröffentlicht mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers im gestrigen „Reichsanzeiger“ eine umfangreiche Bekanntmachung, die die Zollämter ermächtigt, für eine grosse Reihe von Waren die Ausfuhr ohne Bewilligung zuzulassen.

In Betracht kommen aus dem ersten Abschnitt des statistischen Warenverzeichnisses Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, der landwirtschaftlichen Nebengewerbe sowie Erzeugnisse der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, insbesondere Tabakerzeugnisse. Aus dem dritten Abschnitt sind zu erwähnen Erdwachs, Schmierseife, feste Seife, Glyzerin. Der vierte Abschnitt zählt Kupfervitriol, Tinte, Kunstharz, Lederleim, der sechste Abschnitt Schuhe, Treibriemen, Sattlerwaren, Handschuhe, Kürschnerwaren und Waren aus Därmen auf. Aus dem siebenten Abschnitt kommen in Betracht Kautschuk, Schläuche und Reifen aus Kautschuk für Fahrzeugräder, Lautdecken, Kolben- und Stoffbuchsenpackungen, Hartkautschuk, chirurgische Instrumente, aus dem achten Abschnitt Flechtwaren, aus dem neunten Besen und Bürsten, aus dem zehnten Holzspielwaren und Korkwaren. Ferner sind aus dem elften Abschnitt zu erwähnen Papier und Pappe, Papierwäsche, Lampenschirme, Zigarrenspitzen, aus dem dreizehnten Abschnitt Asbestwaren, Klingeritt, aus dem fünfzehnten Abschnitt Zähne aus Schmelz, aus dem siebzehnten Abschnitt Heiz- und Kochapparate, Lampen und Brenner, Eisendraht, Schlangenröhren, Oefen, Sicheln, Bohrer, Zangen, Drahtseile, Aluminiumlot, Bleiplomben, Platsink, roh und bearbeitet, grobe Zinnwaren, Waren aus Nickel, Kupfer und Kupferlegierungen, u. a. Hartlot, Haus- und Küchengeräte aus Kupfer, andere als grobe Kupferwaren, Waren aus unedlen Metallen oder aus Legierungen davon, schliesslich Fahrzeuge aller Art. Gleichzeitig werden die Zollstellen ermächtigt, eine Reihe von Erzeugnissen der Forstwirtschaft, Leder und Häute, Eisen und Magnaterze, Korkwaren usw. ohne Einfuhrbewilligung zuzulassen.

Durch zwei Bekanntmachungen des Reichswirtschaftsministers vom 30. April 1921, deren Veröffentlichung ebenfalls im „Reichsanzeiger“ erfolgt, wird die Ausfuhrkontrolle für Textilien weiter abgebaut. Die erste Bekanntmachung bezieht sich auf Waren des ersten Abschnitts des Zolltarifes und gibt solche Textilstoffe frei, welche im wesentlichen aus dem Auslande bezogen werden und für die im Inland ein in enger Fühlungnahme mit den Weltmärkten stehender Markt besteht. Es handelt sich um Wolle, Baumwolle, Seide und Jute. Die andere Bekanntmachung betrifft Waren des fünften Abschnitts und gibt eine Neuaufstellung der Ausfuhrverbotsliste für Textilien des fünften Abschnitts unter Aufhebung aller bisherigen Ausfuhrverbote. Damit sind gegenüber dem bisherigen Zustand weitgehende Erleichterungen vorgenommen entsprechend der Lage auf dem Textilgebiet, die schon seit Monaten mit einer schweren Absatzkrise zu kämpfen hat. Unter Ausfuhrkontrolle bleiben im wesentlichen nur noch die Garne, mit Ausnahme der Garne für den Einzelverkauf, und Gewebe, um die Entwicklung im Interesse der inländischen Bedarfsdeckung noch in der Hand zu behalten.

Gleichzeitig wird in einer gemeinsamen Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers und des Reichs-Finanzministers der Ausfuhrabgabentarif für eine Reihe von Anilinfarbstoffen dahin abgeändert, dass eine Abgabe bei den meisten der aufgeführten Produkte nicht mehr in Betracht kommt.

*

Aufhebung der Ein- und Ausfuhrgenehmigung für Kunstseide. Der Reichswirtschaftsrat hat, wie der „Konfektionär“ mitteilt, beschlossen, Kunstseide nicht auf die Liste der genehmigungspflichtigen Waren zu setzen, ein Beschluss, der in der Praxis der Aufhebung der Bewirtschaftung für Kunstseide gleichkommt und damit die Tätigkeit des Selbstverwaltungskörpers für Kunstseide, nämlich der Reichswirtschaftsstelle für Kunstseide, überflüssig macht.

Tabakbau und Rohtabakeinfuhr. Auf eine Anfrage aus den Kreisen der Erzeuger von Tabak hat der Reichswirtschaftsminister unter Hinweis auf das bestehende Einfuhrverbot für ausländische Tabakfabrikate wie folgt geantwortet: Bei einer Anbaufläche von 12 900 ha und bei einem Erträgnis von etwa 22 dz je Hektar wurden im Jahre 1920 rund 284 000 dz dachreifen Tabaks geerntet. Davon sind nach sachverständiger Schätzung bereits 264 000 dz vom Handel und von den Verarbeitern übernommen worden, so dass noch etwa 20 000 dz oder 7 bis 8 % zurzeit unverkauft sein werden. Diese Menge unverkauften dachreifen Tabaks ergibt rund 15 000 dz vergorenen Tabaks. Von der verkauften Ernte 1920 brachten die besten Tabake, für Rauch- und Kautabakherstellung verwendbar, anfänglich Preise von 2200 bis 2800 M., Tabake mittlerer Güte, zur Rauchtabakherstellung geeignet, 1400 bis 2000 Mark für den Doppelzentner. Zur Zigarrenherstellung verwendbare Tabake bewegten sich im Preise von 1200 bis 1700 M. je Doppelzentner. Diese Einkaufspreise entsprechen dem 20- bis 30fachen der Friedenspreise. Die noch nicht verkaufte Menge ist bisher deshalb nicht abgesetzt worden, teils weil die Pflanzer noch höhere Preise verlangen, teils weil die Tabake nicht pfleglich behandelt und durch Dachfäule verdorben sind. Noch in den letzten Tagen wäre ein Teil der brauchbaren Tabake zu Preisen von 1400 bis 1600 M. für den Doppelzentner absetzbar gewesen. Die Forderung eines Einfuhrverbots für Rohtabak entbehrt somit nach Ansicht des Ministers der Berechtigung.

Girozentrale für die Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt (Oeffentliche Bankanstalt) in Magdeburg. Nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1920 waren dem Giroverband angeschlossen 157 Städte und Gemeinden sowie 30 Landkreise mit ihren Sparkassen, 8 Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Sparkassen, 26 selbständige Sparkassen. Der Umsatz betrug 1920 auf einer Seite des Hauptbuches 12 586 430 791 M. gegen 6 136 629 917 M. 1919. Das Betriebskapital betrug am 31. Dezember 1920 20 275 000 M., wovon bislang die Hälfte eingefordert wurde. Der Reingewinn des letzten Geschäftsjahres gestattet eine Verzinsung des Betriebskapitals von 4½ %. Der Bestand an eigenen Wertpapieren belief sich zum Schlusse des Berichtsjahres auf nom. rund 5 062 500 M. Die auf Effekten- und Konsortialkonten erzielten Gewinne beliefen sich auf 454 905 M. Das Zinsenkonto weist einen Gewinn von 2 953 642 M. aus. Die Bilanzsumme belief sich Ende des Berichtsjahres auf rund 628 Mill. Mark (i. V. 325). Die Geschäftsunkosten erforderten 1 823 669 Mark, so dass ein Reingewinn von 1 713 710 M. verbleibt. In der Bilanz werden u. a. ausgewiesen Guthaben anderer Giroverbände 2 614 149 M., Verbindlichkeiten: a) innerhalb 7 Tagen fällig 196 514 664 Mark, b) darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig 143 113 946 M., c) später als nach 3 Monaten fällig 170 309 856 M., langfristige Anleihen 82 107 000 M., Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken 2 282 197 M., Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen 281 022 703 M., Guthaben bei a) Staatsbanken und öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten 124 387 923 M., b) sonstigen Banken 2 203 421 M., Darlehen gegen Unterpfand 3 201 859 M., Aussenstände in laufender Rechnung 72 462 490 M., Darlehen mit festen Laufzeiten 34 955 364 M., langfristige Schuldscheindarlehen 69 614 491 M.

Deutschlands Handel mit den Vereinigten Staaten. Nach einer Statistik der National City Bank in New York vom 18. April d. J. wird der Gesamtwert der von den Vereinigten Staaten nach Deutschland ausgeführten Waren in dem mit dem 30. Juni abschliessenden Rechnungsjahr 1920/21 grösser sei als in dem besten Jahre vor dem Kriege. Er wird auf über 400 Mill. Doll. geschätzt und würde damit den Gesamtwert der Ausfuhr im vorhergegangenen Rechnungsjahr um rund 90 Mill. Doll und den von 1913 um rund 50 Mill. Doll. übersteigen. Der Wert der Ausfuhr in den ersten mit Februar abschliessenden acht Monaten betrug nämlich bereits 282 Mill. Doll., woran die Ausfuhr an Weizen mit 39 Mill. Doll., die an Fett mit 32, die an Speck mit 14, die an Mehl mit 13 und die an kondensierter Milch mit 5 Mill. Doll. beteiligt war. Ausser der Nahrungsmittelausfuhr war besonders gross die an Baumwolle mit 80 Mill. Doll., an Kupfer mit 12 Mill. Doll. und an Schmieröl mit 9 Mill. Doll. Ein verhältnismässig noch erheblicheres Ansteigen als bei der Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten stellt die Statistik der National City Bank für die Einfuhr aus Deutschland fest. Diese wird auf 63 Mill. Doll. gegenüber einem Einfuhrwert von nur 18 Mill. Doll. im Vorjahre geschätzt. Die Hauptausfuhrartikel Deutschlands nach den Vereinigten Staaten waren Kunstdünger, Teerfarben, Chemikalien, Spitzen, Stickereien, Handschuhe und Porzellan. Der Bericht verzeichnet noch mit Genugtuung die Tatsache, dass von allen Schiffen, die zwischen deutschen und Häfen der Vereinigten Staaten verkehrten, 60 % die amerikanische Flagge führten.

Frachtstundungskonten. Vom Verein deutscher Spediteure wird uns geschrieben: Es ist bereits mehrfach in der Presse beanstandet worden, dass die Eisenbahnverwaltung für die sogenannten Frachtstundungskonten neuerdings beabsichtigt, eine Gebühr zu erheben. Die Konten bezwecken, den Geschäftsverkehr der Grossversender mit der Eisenbahn zu erleichtern, insofern nicht für jede einzelne Sendung abgerechnet zu werden braucht, und dienen damit zugleich der Förderung des bargeldlosen Verkehrs. Die in Aussicht genommene Erhebung von einer Provision von 3 % auf den Monat würde eine grosse Anzahl von Speditionen sowohl als auch andere industrielle und kommerzielle Unternehmen veranlassen, diese Konten zu kündigen. In diesem Zusammenhang ist es für die Allgemeinheit wichtig zu erfahren, dass der Verein Stettiner Spediteure eine einstweilige Verfügung des Landgerichts erwirkt hat, die der Eisenbahn verbietet, die angedrohte Sperrung des Frachtstundungskontos auszuführen, wenn dem Verlangen der Bahn nicht nachgekommen wird.

Maschinenfabrik Esslingen A.-G. Das Geschäftsjahr 1920 erbrachte einen Fabrikationsgewinn von 38 450 414 M. (16 951 132 M.). Unkosten erforderten 81 305 990 M. (15 066 042 M.). Nach Abschreibungen in Höhe von 3 Mill. M. (1 Mill. M.) bleibt ein Ueberschuss von 4 411 470 M. (812 305 M.), aus dem, wie schon gemeldet, 10 % (8 %) Dividende auf die Aktien Nr. 1—12 000 ganzjährlich, Nr. 12 001 bis 24 000 halbjährlich) und eine Sonderzuweisung von 100 bezw. 50 M. auf die Aktie verteilt werden sollen. In der Bilanz erscheinen u. a. Gläubiger mit 108 376 398 M. (23 670 428 M.), dagegen Forderungen mit 58 090 106 M. (22 781 803 Mark), Vorräte mit 90 173 494 M. (29 177 408 M.), Wechselpapiere und Kasse mit 357 774 M. (1 256 506 Mark). Nach dem Vorstandsbericht hat sich die Arbeitsleistung in den Werkstätten im Vergleich zum Vorjahr gehoben. Der durchschnittliche Beschäftigungsgrad ist noch befriedigend. Aus der Durchführung der verschiedenen Kapitalserhöhungen ist dem Reservefonds ein Betrag von 4 453 793 M. zugeflossen. Der bei der elektrotechnischen Abteilung in Cannstatt dringend gewordene Erweiterungsbau sei durchgeführt und in Betrieb genommen.

Magdeburger Strassen-Eisenbahngesellschaft. Wie wir seinerzeit meldeten, wird die Gesellschaft für 1920 erstmalig keine Dividende verteilen. Die Gesamteinnahmen auf Betriebskonto stiegen von 10 416 285 M. auf 17 617 339 M. Die Unkosten sind erheblich gestiegen, u. a. erforderte Wagenunterhaltung 2 776 529 M. (906 368 M.), Verbrauch an elektrischem Strom 1 923 287 M. (692 931 M.), Löhne und Gehälter 7 710 951 M. (4 637 052 M.). An die Stadt wurden geleistet auf Grund von Verträgen 1 593 031 Mark (1 478 802 M.). Einlösung von Schuldverschreibungen erforderten 66 950 M. (64 375 M.), Schuldverschreibungszinsen 152 610 M. (155 135 M.). Dem Aktienkapitaltilgungsfonds werden wieder 54 000 M. und dem Erneuerungsfonds 1 584 939 M. (500 000 M.) zugeführt. Der verbleibende Betriebsverlust von 2 134 843 M. (i. V. 267 408 M.) wird, wie bereits gemeldet, mit 1 412 194 M. aus de mReservefonds gedeckt, während der Restfehlbetrag mit 722 648 M. vorgetragen wird. In der Bilanz erscheinen u. a. Materialien mit 4 301 623 M. (1 180 645 M.), Effekten mit 1 862 179 M. (2 181 666 M.), Bankguthaben mit 182 971 M. (1 127 804 M.), Debitoren mit 340 492 M. (112 438 M.), Kreditoren mit 1 350 211 M. (666 792 M.).

Fahrzeugfabrik Düsseldorf A.-G. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf wieder 25 % fest und beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals auf 1,5 Mill. M. durch Ausgabe von 1200 neuen, ab 1. Januar 1921 dividendenberechtigten Aktien zu 108 %. Die neuen Aktien werden unter Mitwirkung der Bankfirma Max Sichel u. Co. in Düsseldorf und einer dem Unternehmen nahestehenden Gruppe übernommen. Herr Max Sichel, Düsseldorf, wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt. Der Vorsitzende teilte mit, dass der Geschäftsgang im laufenden Jahre sich befriedigend gestaltet habe. Die Gesellschaft habe vor einiger Zeit ein Grundstück von 3100 Quadratmeter erworben. Nach den nötigen Umbauten sollen darauf die jetzt getrennt liegenden Betriebe vereinigt werden.

Deutsche Last-Automobil-Fabrik A. G. in Ratingen. Die gestrige Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 5 % fest. Auf Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass sie bestrebt sei, die Absatzmöglichkeit zu steigern, mit dem Bau von kleinen Personenkraftwagen begonnen habe und zu anderen Fabrikationszweigen übergegangen sei. Sie hofft, darüber im nächsten Jahre Günstiges berichten zu können. In den Aufsichtsrat wurden Generaldirektor Peter Müller (Neunkirchen) und Generaldirektor Köngeter (Düsseldorf), beide vom Stamm-Konzern, neu gewählt.

KOHLEPAPIERE
FÜR SCHREIBMASCHINEN
Beste
deutsche Qualitätsware
in Schachteln zu 100 Blatt
Bei 100 Schachteln M. 18,—
„ 50 „ „ 19,—
„ 25 „ „ 20,—
„ 10 „ „ 21,—
[illegible]
einschl. Porto u. Verpackung
Hans Hofmann, G.m.b.H. Berlin SW 48, Alte Jakobstr. [illegible]
Muster [illegible] auf Wunsch

Theodor Kaiser Stempelfabrik
Stempel-Kaiser
Gravier-Anstalt
Berlin S.W. 68

F. Ergang, Magdeburg
Maschinenfabrik,
Kesselschmiede, Metall-Dreherei
Apparatebauanstalt, Guß- und Stanzwerk, Blechschweißerei. Sonder-Erzeugnis: Brennerei- und Mälzerei-Einrichtungen.
Gr. Diesdorferstr. [illegible] Tel.-Adr. Ergang Magdeburg
Fernspr. 148 und 146.
Gegründet 1864.

Interessengemeinschaft
der
Rheinischen Versicherungs-Gruppe
Köln
Gesamt-Garantiemittel 110 Millionen Mark
Bevollmächtigte:
Robert Gerling & Cie., m. b. H.
Aachen, Barmen, Berlin, Bremen, Breslau, Cassel, Chemnitz, Crefeld, Danzig, Dresden, Frankfurt a. M., Freiburg, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, M.-Gladbach, Münster i. W., Saarbrücken, Stuttgart, Trier, Weimar.

Emil Süss
Gelsenkirchen
liefert
Isolierungen jeder Art.
Besonderheit:
Spezial-Ausführung
für Auspuff-Verwertungsanlagen
an Gasmaschinen.

Vermietung
von eleganten gedeckten
Luxusmotorbooten
für die märkischen Gewässer und für Küstenreisen zu Geschäfts- und Vergnügungsfahrten
Luxusautomobilen
für Stadt und Reise.
„Telos“ Verkehrsgesellsch. m. b. H., Berlin W. 35, Potsdamerstr. 105a. Tel. Nolld. 1545 u. Lützow 5085.

Essener Credit-Anstalt.

Fernspr.-Nrn. 8160-8175. Sammel-Anschl.: 1710, 3663 u. 3664.

Freiverkehr-Kurse für Industrie-Anleihen des rheinisch-westfälischen Industrie-Reviers.

Telegramm-Adresse: Creditanstalt.

Obligationen	Nachfrage %	Angebot %	Rückzahlbar %	Hypoth.-Sicherst.
4½ % Aplerbecker Hütte	98	100	103	I. Stelle
4½ % Arenberg Fortsetzung	99	100	102	I. "
4½ % Auguste Viktoria	100	101½	103	I. "
4½ % Augustus I (Ess. St.-Berg.)	98	99	102	I. "
4½ % Baum, Masch.-Fabr.	98	100	103	I. "
4½ % Borussia	98	99	103	I. "
4 % Bonifacius	91	93	102	I. "
4½ % Brassert	98	100	102	I. "
4 % Centrum	92	94	103	I. "
4 % Concordia	92	94	100	—
4 % Constantin d. Gr.	91	92	100	I. u. II. St.
4½ % dto.	100	101	102	versch.
4 % Dahlhauser Tiefbau	91	93	100	I. Stelle
4 % Deutscher Kaiser	90	92	100	I. "
4½ % dto.	93	95	100	I. u. II. St.
4 % Dorstfeld	91	93	102	I. Stelle
4½ % dto.	98	99	103	I. u. II. St.
4½ % Eintracht Tiefbau	98	100	103	I. Stelle
4½ % Emscher-Lippe-Obl.	99	100	102	I. "
4 % Ewald	92	94	103	I. "
4½ % dto.	99	100½	102	II. "
5 % Freie Vogel & Unverhofft	99	100	103	I. u. II. St.
4 % Friedlicher Nachbar	91	92	100	I. u. II. St.
4 % Friedrich d. Gr.	92	94	102	I. Stelle
4½ % dto.	99	100	103	II. "
4½ % Fröhl. Morgensonne	98	99	100	I. "
4½ % Fürst Leopold	96	98	100	I. "
4 % General Blumenthal	93	95	102	I. "
4½ % Gesellsch. f. Teerverwert.	98	100	103	versch. St.
4½ % Gottfried Wilhelm	98	99	103	I. Stelle
4½ % Graf Bismarck	99	100	102	I. "
4 % Graf Moltke	92	94	100	II. "
4 % Graf Schwerin	92	94	102	I. "
4½ % dto.	100	101	102	II. "
4½ % Grillo, Funke & Co.	98	100	103	I. "
4 % Hagenbeck	92	94	103	I. "
4 % Helene & Amalie	93	95	100	I. "
4½ % dto.	99	100	102	II. "
4 % Herkules	92	94	103	I. "
4½ % dto.	99	100	100	II. "
4 % Hibernia I, II u. III Em.	—	—	100	I. u. II. St.
4 % Holland	93	94	102	I. Stelle

Obligationen	Nachfrage %	Angebot %	Rückzahlbar %	Hypoth.-Sicherst.
4½ % Joh. Deimelsberg	99	100	103	I. Stelle
4½ % Joh. Erbstollen, garantiert von der Gew. Langenbrahm	99	100	102	I. "
4½ % Kannengiesser	98	99	100	I. "
4 % König Ludwig	93	95	102	I. "
4½ % dto.	99	100	102	II. "
4 % Königin Elisabeth	92	94	100	II. "
4½ % dto.	98	99	100	versch. "
4 % König Wilhelm	93	95	102	I. "
4½ % dto.	98	100	100	II. "
4 % Königsborn	93	95	102	I. "
5 % Fried. Krupp	101	102	102	I. "
4½ % Langenbrahm	98	99	103	I. "
4 % Massener Bgb.	93	95	104	I. "
4 % Mathias Stinnes	92	94	100	I. "
4 % Mont Cenis	92	94	103	I. "
4½ % dto.	99	100	102	II. "
5 % dto.	101	102	103	versch. "
4½ % Mülheimer Bgw.	97	99	102	I. "
4 % Nordstern	93	95	103	I. "
5 % Orange (gekündigt)	103	—	103	I. "
5 % Oespel	99	100	100	II. "
4½ % Phoenix	99	100	100	—
4½ % Phoenix v. 1919	99	100	100	—
4½ % Pörtingsiepen	98	99	102	I. Stelle
4 % Rhein. Anthracit	92	94	102	I. "
5 % Rhein. Braunkohle	101	102	102	—
4½ % Rhein. Stahlwerke	98	99	100	—
4½ % Roddergrube	100	101	102	I. Stelle
4 % Schlägel & Eisen	91	93	100	I. "
4½ % Schürbank & Charl.	97	98½	103	I. "
4½ % Schulz-Knaudt	97	99	102	I. "
4 % Thyssen & Cie.	90	92	100	I. "
4½ % Thyssen & Co., Masch.-F.	97	99	102	I. "
4 % Unser Fritz	92	93	100	I. "
4½ % dto.	98½	99½	100	II. "
4½ % Victor	101	102	103	I. "
5 % Westfalen	101	102½	103	I. "
4 % Westfalia	96	98	100	I. "
4½ % Wiendahlsbank	98	99	103	I. "
4 % Wiesche	92	94	102	I. "

Die Kalipreiserhöhung.

Der Reichswirtschaftsminister, der, wie mitgeteilt, die vom Reichskalirat beschlossene Preiserhöhung von 65—75 % der bisherigen Kalipreise für die verschiedenen Salzsorten beanstandete, soweit sie über 35 % hinausging, hat nunmehr in seiner endgültigen Entscheidung einer Preiserhöhung von 50—55 % zugestimmt. Die darüber hinausgehende Erhöhung hat der minister dagegen wegen Gefährdung des öffentlichen Wohles abgelehnt. Wie sich das Kalisyndikat und der Reichskalirat zu diesem Bescheid stellen werden, bleibt abzuwarten, da beide bisher die beschlossene Erhöhung als das Mindeste bezeichnet haben, was notwendig sei, um das Erliegen zahlreicher Werke und Arbeiterentlassungen im grössten Masstabe zu verhüten. Die Entscheidung des Ministers gründet sich, wie wir bereits früher gemeldet haben, in erster Linie auf die Erwartung eines erheblichen Auslandsabsatzes, eine Hoffnung, die vom Syndikat als in den Verhältnissen nicht begründet bezeichnet wird. Die neuen Inlandshöchstpreise mit Wirkung vom 21. April 1921 ab für 1 vom Hundert Kali (K_2O) im Doppelzentner sind folgende:

	bisher Pfg.	künftig Pfg.
Karnallit, gemahlen, mit 9—11 % K_2O	51	76,5
Rohsalze, 12—15 % K_2O	60	90
Düngesalze, 18—22 % K_2O	74	111
„ 28—32 % K_2O	83	124,5
„ 38—42 % K_2O	97	150,5
Chlorkalium, 50—60 % K_2O	115	172,5
über 60 % K_2O	126	189
Schwefelsaures Kali mit über 42 % K_2O	152	228
Schwefelsaure Kalimagnesia	167	250,5

Gleichzeitig wurde festgesetzt: 1. Für Rohsalze zu industriellen Zwecken, auch zu Bade- und Klärzwecken, tritt ein Preisaufschlag von 30 vom Hundert ein, so dass Karnallit mit 99,5 Pfennig sowie Kainit und Rohsalze mit 12 bis 15 vom Hundert K_2O mit 117,— Pfennig für 1 vom Hundert Kali (K_2O) im Doppelzentner nebst einer Anfuhrgebühr bis zur Station beim Bezuge von Stückgut von 100 Pfennig für den Doppelzentner berechnet werden darf, 2. für hochprozentigen Karnallit mit einem Mindestgehalt von 12 vom Hundert Kali (K_2O) zur Darstellung von Magnesiummetall auf 90,— Pfennig für 1 vom Hundert Kali (K_2O) im Doppelzentner nebst einer Ausklaubungsgebühr von 5,50 ℳ für den Doppelzentner — letztere mit Wirkung vom 1. März 1921 ab. —

*

Wir geben nachstehend eine Zusammenstellung über die künftigen Verkaufspreise für Kalisalze und die bisherigen Preise (alles in Mark für 100 kg ohne Sack, ab Werk):

	Reinkaligehalt %	bisher	in Zukunft
Karnallit	9	4,59	6,89
„	11	5,61	8,42
Kainit	12	7,20	10,80
„	15	9,—	13,50
Kalidüngesalz	20	14,80	22,20
„	30	24,90	37,35
„	32	26,56	39,84
„	40	38,80	60,20
„	42	40,74	63,21
Chlorkalium	50	57,50	86,25
Schwefelsaures Kali	48	72,96	109,44

Die Preiserhöhungen belaufen sich bei Karnallit, Kainit, Kalidüngesals bis 32 % Reinkaligehalt und schwefelsaures Kali auf 50 %, bei Kalidüngesalz mit über 38 % Reinkaligehalt und bei Chlorkalium auf 55 % gegenüber den Vorschlägen des Reichskalirats, die eine Erhöhung um 65 bis 75 % vorsahen.

Branntwein aus Getreide. Die Direktion der Reichsgetreidestelle hat angeordnet, dass minderwertiges Getreide, das sich nicht mehr für menschliche Ernährung eignet, zum Brennen von Kornspiritus verwendet werden kann. Das Getreide liefert die Reichsstelle an die Rohstoffverteilungsstelle Münster i. W. für das Branntweingewerbe, die indessen nicht in der Lage ist, eine Garantie über Beschaffenheit und Ausbeute des hergestellten Sprits zu übernehmen. Der aus diesem minderwertigen Getreide hergestellte Kornspiritus darf nach einer Monopolbelastung von 34 M. pro Liter frei verwertet werden.

Die Lage des Eisenerzmarktes des Lahn- und Dillgebietes im Monat April 1921. Auch während des Monats April hat sich die schon länger andauernde missliche Lage auf dem Roteisensteinmarkte nicht gebessert. Die Absatzschwierigkeiten dauern unvermindert fort. Ueberall muss in steigendem Masse die Förderung auf die Halde genommen werden. In einzelnen Gruben des Dillbezirkes konnte im letzten Monasdrittel nur noch an drei Tagen der Woche gearbeitet werden. Die Lage auf dem Markte für manganhaltigen Brauneisenstein hat sich weiter verschlechtert. Zu den bereits aus den Vormonaten vorhandenen grossen Haldenvorräten konnten sie auch noch die ganze Aprilförderung stürzen. Die Aufrechterhaltung des vollen Betriebes erscheint nicht länger möglich. Auch im Vogelsberger Basalteisensteinbergbau litten die Gruben, die sich nicht im Besitz von Hütten befinden, unter Absatzmangel. Trotzdem forderten die Arbeiterorganisationen eine Erhöhung der Lohnsätze.

Die Kohlenproduktion des Saarreviers im März. Die reine Kohlenförderung (ausgelesen und ausgewaschen) belief sich im März auf ungefähr 630 000 Tonnen für die vom französischen Staat selbst betriebenen Gruben und etwa 16 000 To. für die an eine französische Privatgesellschaft verpachtete Grube Frankenholz, insgesamt also auf ungefähr 646 000 To. gegen 671 276 To. im Februar. Die mittlere Tagesförderung betrug etwa 32 000 To. Verkauf und Versand beziffern sich auf ungefähr 405 000 Tonnen; an die angegliederten Betriebe zur Verkokung und an die Bergarbeiter wurden etwa 100 000 Tonnen geliefert. Die Haldenbestände waren am Monatsende etwa 8 000 To. höher als im Vormonat. Die im Saargebiet und in Elsass-Lothringen lagernden Vorräte übersteigen Ende März 300 000 To.

Aenderung der Betriebsform der württembergischen Berg- und Hüttenwerke. Die württembergische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf auf Aenderung der Betriebsform der vier staatlichen Berg- und Hüttenwerke vorgelegt. Danach ist die Gründung einer G. m. b. H. unter der Firma „Schwäbische Hüttenwerke" geplant, an der der württembergische Staat mit der Hälfte des Gesellschaftskapitals beteiligt ist. Der Staat bleibt Eigentümer der Werke, verpachtet diese aber nur an die Gesellschaft auf die Dauer von 30 Jahren. Nach einem weiteren abgeschlossenen Erzvertrag bleibt die Mutung auf Erze in ganz Württemberg der Gesellschaft überlassen. Der Finanzausschuss des Landtages hat diesem Vertrag gegen die Stimmen der drei sozialistischen Gruppen zugestimmt.

Erschwerung der Einfuhr für Textilien und Herren- und Damenkonfektion in Schweden. Dem schwedischen Reichstag ist, wie der „Konfektionär" mitteilt, ein Regierungsvorschlag zugegangen, nach dem alle Gewichts- und Stückzollsätze u. a. für Garne, Gewebe und Textilwaren, ausgenommen aus Seide, sowie Damen- und Herrenkonfektion und andere genähte Arbeiten verdoppelt werden sollen. Der erhöhte Zolsatz ist vorläufig bis zum 1. Juli 1922 gedacht und umfasst 508 Nummern des schwedischen Zolltarifs.

Aktiengesellschaften.

Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Berlin. Die heutige Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 12 (i. V. 8) Prozent fest. Auf Anfrage teilte Direktor Oliven mit, dass der Prospekt für die Zulassung der jungen Aktien zum Handel an der Berliner Börse von der Führerin des Bankenkonsortiums, der Disconto-Gesellschaft, bereits eingereicht worden ist. Da aber die Zulassungsstelle viel zu tun habe, werden wohl noch 14 Tage vergehen, ehe die jungen Aktien als lieferfähig erklärt werden. Auf weitere Anfrage teilte Redner mit, dass die Verwaltung über die Kiewer Angelegenheit heute Tatsächliches nicht mitteilen könne. Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen besitzt bekanntlich 6 Mill. Rubel Aktien der Kiewer Elektricitätsgesellschaft. Hier handele es sich nicht um eine Beschlagnahme, sondern dieses Besitztum ist einfach verloren gegangen. Die Verwaltung habe natürlich den Schaden beim Reich angemeldet. Diese Schadensforderungen aber werden erst in letzter Linie berücksichtigt und dürften daher sehr schlecht fortkommen. Auch komme noch hinzu, dass die Entente nach dem Friedensvertrage sich das Recht vorbehalten hat, auf derartige Forderungen deutscher Staatsangehöriger die Beschlagnahme auszubringen. Um allen Eventualitäten vorzubeugen, schreibe die Verwaltung soviel wie möglich auf alle diese Beteiligungen und Forderungen ab. Im übrigen hoffe man ja in allernächster Zeit mit Russland in Geschäftsverbindung zu kommen, und die Verwaltung werde dann versuchen, soviel wie möglich aus ihrer Forderung herauszuholen. An Stelle des verstorbenen Kommerzienrats Wilhelm von Tippelskirch wurde Direktor Philipp Vielmetter von der Knorr-Bremse A. G. neu gewählt.

Commerz- und Privatbank Akt.-Ges. in Berlin. Die Bilanzsitzung des Instituts findet, wie wir hören, am 24. Mai d. J. in Hamburg statt. Ueber die Dividende lässt sich noch nichts Genaues sagen; in Finanzkreisen wird sie auf 12 % gegen 9 % im Vorjahr geschätzt.

August Riedinger Ballonfabrik, Augsburg. Das erzielte Fabrikationsergebnis beträgt 311 236 M. (79 123 M.). Nach 43 195 M. (37 134 M.) Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 291 155 M (128 114 M.) einschliesslich 23 144 M. (86 125 M.) Vortrag. Es sollen daraus, wie bereits gemeldet, wieder 10 % Dividende verteilt und 54 603 Mark (23 114 M.) neu vorgetragen werden. Im Berichtsjahr wurde das Aktienkapital von 1 auf 2 Mill. Mark erhöht. Trotzdem erscheinen die Kreditoren mit dem hohen Betrag von 1,97 Mill. M. (1,99 Mill. Mark) zum grossen Teil aus fälligen Steuern, Anzahlungen und laufenden Zinsenschulden aus Materialankäufen herrührend. Die Debitoren betragen demgegenüber 0,44 (0,17) Mill. M., die zum grössten Teil bereits wieder Eingang gefunden haben. Die Materialien stehen mit 3,29 Mill. M. (1,86 Mill. M.) zu Buch. Die Beschäftigung im Möbelbau sei für die nächsten Monate nicht ungünstig. Im Ballonbau sei ein Zunehmen des Interesses nichtmilitärischer Kreise an den Erzeugnissen festzustellen.

Ausdehnung des Wicking-Konzerns. In der gestrigen Generalversammlung der Porta-Union-Westfalia Akt.-Ges. in Porta Westfalia teilte der Vorsitzende mit, das von der Verwaltung der Wickingschen Portlandzement- und Wasserkalkwerke ein Aktienaustausch vorgeschlagen sei; für 7 Aktien der Porta-Union sollen 6 der Wickingwerke gegeben werden. In nächster Zeit werde eine diesbezügliche Aufforderung an die Aktionäre ergehen. — In den Aufsichtsrat neugewählt wurden Generaldirektor Rudolf ten Hompel in Recklinghausen, Fabrikbesitzer Viktor Carstanjen in Duisburg, Bankdirektor Wilhelm Jötten in Essen und Kaufmann Wilhelm Bellwinkel in Dortmund.

Hugo Schneider, A. G., Metallwarenfabriken, Messing- und Kupferwerke, Paunsdorf-Leipzig. Die Gesellschaft, die bei der demnächst stattfindenden ordentlichen Generalversammlung eine Kapitalserhöhung um 1 Mill. M. Vorzugsaktien und 5 Mill. M. Stammaktien auf insgesamt 25 Mill. M. Aktienkapital beantragt, nachdem im verflossenen Jahr erst das Kapital von 7 auf 19 Mill. M. erhöht wurde, schliesst das Jahr 1920 ab mit einem Bruttogewinn von 26 887 903 M. (9 292 674). Demgegenüber erforderten Handlungsunkosten usw. 11 648 509 M. (4 911 701) und Abschreibungen 6 247 097 M. (1 825 615). Einschliesslich Vortrag aus dem Vorjahr ergibt sich ein Reingewinn von 9 088 689 M. (2 646 231). Hieraus sollen 25 % Dividende, wie im Vorjahr, verteilt, sowie 100 689 M. (96 391) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Um die Abteilung Kupferwerk Trotha auf eine breitere wirtschaftliche Grundlage zu stellen, hat die Gesellschaft daraus im Verein mit zwei Firmen des Spezialfaches ein selbständiges Unternehmen errichtet. Die Gründung hat unter der Firma: „Hüttenwerke Trotha A. G. Halle a. S.-Trotha", im Februar d. J. mit Rückwirkung ab 1. Januar 1921 mit einem Aktienkapital von 5 Mill. M. stattgefunden. Ueber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres lassen sich angesichts der letzten politischen Ereignisse und ihrer Folgeerscheinungen nähere Angaben nicht machen. Nach der Jahresrechnung erscheinen Schuldner mit 26 458 586 M. (12 283 530), anderseits betragen Gläubiger 25 445 290 Mark (21 372 996).

A.-G. Georg Egestorff Salzwerke u. Chemische Fabriken in Hannover. Die Generalversammlung beschloss die Ausschüttung einer Dividende von 15 % und eines Bonus von 20 %, ferner die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Mill. M. auf 48 Mill. M. durch Ausgabe von 6 proz. Vorzugsaktien mit zweifachem Stimmrecht. Wie die Verwaltung bemerkte, ist der Geschäftsgang befriedigend, Absatzschweirigkeiten bestehen hinsichtlich Siedesalzprodukte.

Vera-Filmwerke A.-G. Hamburg. Die ausserordentliche Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Grundkapitals von 2 auf 4 Mill. M. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zum Kurse von nicht unter 110 % durch die Nordische Bank Handel-Kommandite, Sick u. Co., unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre. Vorstand und Aufsichtsrat wurden ermächtigt, die näheren Einzelheiten der Aktienausgabe festzusetzen. In den Aufsichtsrat wurden Karl Caspar und Albert Aronson gewählt. In den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres hat sich das In- und Auslandsgeschäft gut entwickelt.

A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen. Das Geschäftsjahr 1920 erbrachte einen Rohüberschuss von 5 854 809 M. (4 172 685 M.), woraus, wie schon mitgeteilt, eine Dividende von 30 % (i. V. 20 %) auf die Stammaktien und 6 % auf die Vorzugsaktien verteilt werden sollen; 86 173 M. (94 086 M.) werden neu vorgetragen.

Rheinische Linoleumwerke in Bedburg, A.-G. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 15 % (8 Y) für die Stammaktien und 7½ % für die neuen Aktien fest. Nach dem Geschäftsbericht erbrachte das Jahr 1920 nach Abschreibungen in Höhe von 491 561 M. (256 235 M.) einen Ueberschuss von 1 380 155 M. (348 376 M.).

Seekunst-A.-G. Hamburg—Berlin. Die Generalversammlung erklärte ihre Zustimmung zu der vorgelegten Abrechnung für 1920, die einen Verlust von 80 477 M. (i. V. Verlust von 278 379 M.) ergibt. Der Direktor teilte mit, dass das Geschäft seit der Uebersiedlung von Berlin nach Hamburg einen erheblichen Aufschwung genommen habe. Die Aussichten für die Zukunft könnten bei einer normalen Gestaltung der allgemeinen Verhältnisse als günstig bezeichnet werden.

Neugründungen. Unter Mitwirkung der Firma Sponholz u. Co. (vorm. H. Herz) Kommanditgesellschaft wurde in diesen Tagen die Chemische Dental-Werke A.-G. Berlin gegründet. Der Zweck der Gesellschaft ist die Herstellung von zahnärztlichen Präparaten. Das Kapital von 1 Mill. Mark ist bar eingezahlt. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Herr Bankier Paul Hamel. — Unter der Firma Thüringische Electricitätsversorgungs-A.-G. in Jena wurde eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 3 000 000 Mark gegründet, welche dem Konzern der A.-G. für Energiewirtschaft nahesteht. — Unter Mitwirkung der Darmstädter Bank wurde die „Inag" Industrie-Unternehmungen Akt.-Ges. gegründet als Holding-Gesellschaft für Reiniger Gebbert u. Schall in Erlangen. Das Aktienkapital soll vorerst 25 Millionen betragen, soll aber alsbald auf 30 Millionen erhöht werden.

Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. H. Breuer u. Co., Höchst am Main. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Vorschläge der Verwaltung, insbesondere die Verteilung einer Dividende von 15 % auf de Vorzugsaktien und 13 % auf die Stammaktien.

Bank für Brau-Industrie, Berlin und Dresden. Der Generalversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 8 % (i. V. 7 %) vorgeschlagen werden. Auf der Tagesordnung steht die Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstandes zur Erhöhung des Aktienkapitals um höchstens 15 Mill. M. bis zu 25 Mill. M. Den Aktionären soll ein Bezugsrecht eingeräumt werden.

Dividendenvorschläge.

A. G. Kalle u. Co., Biebrich a. Rh. 20 % (14).
Lederwerke vorm. Ph. Jac. Spicharz, Offenbach a. M. wieder 10 %.
Herrenmühle vorm. C. Genz, Heidelberg 12 % (10).
Schleswig-Holsteinische Bank, Husum 18 % (15).
Maschinenfabrik Buckau A. G. 30 % (13).

Berliner Börse vom 4. Mai.

Gehalten.

Die schwebende Kabinettskrise lähmte im Verein mit den sehr unerfreulichen Nachrichten aus Oberschlesien und dem bevorstehenden Ultimatum an Deutschland jede Unternehmungslust. Das Geschäft hielt sich infolgedessen in den engsten Grenzen. Da das Publikum nach wie vorher an seinem Besitze festhält und die an den Markt kommende Ware leicht Unterkommen fand, so konnten nennenswerte Kursrückgänge vermieden werden. Im allgemeinen war die Tendenz behauptet.

Am Montanmarkt hielt das Interesse für Braunkohlenwerte an: Rheinische Braunkohlen konnten neuerlich 12 % gewinnen. Im Freiverkehr konzentrierte sich das Geschäft auf Phönix Braunkohlen Akt.-Ges., die ca. 60 % gewannen. Gute Meinung bestand sodann für die Aktien der „Phönix", Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb, während Hoesch 19 % und Buderus 5 % einbüssten. Schiffahrtsaktien waren umsatzlos und kaum verändert. Am Markte der chemische Werte konnten sich Goldschmidt um 7 % erholen; dagegen waren Anilinwerte überwiegend angeboten. Höchster Farben verloren 5 %, Elberfelder Farben 7, Elektropapiere neigten zur Schwäche mit Ausnahme der Deutsch-Ueberseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft, die in Anlehnung an die Bewegung der Devisenkurse höher umgingen. Aus demselben Grunde waren auch eine Reihe anderer Valutapapiere fest, so namentlich Schantungbahn (+ 24 %) und Baltimore. Kanada konnten den gestern erzielten Kursgewinn nicht behaupten. Die Aktien der Deutschen Petroleum-Gesellschaft gewannen auf Deckungen 20 %; Deutsche Erdöl waren unverändert. Am Markte der Nebenwerte überwog Abgabeneigung; es verloren Gebr. Boehler und Zellstoff Waldhof je 5 %, Adlerwerke 4 %. Heimische Anleihen waren im allgemeinen etwas schwächer, während fremde Renten überwiegend fest waren, so vor allem 5 % Tehuantepec, 4½ und 5 % Mexikaner. Stark angeboten waren Lombarden-Prioritäten. Bankaktien waren gänzlich umsatzlos. Im späteren Verlauf konnte sich ausgehend von der überwiegend festeren Tendenz des Einheitsmarktes, eine Erholung anbahnen.

Am Einheitsmarkte notierten höher: Wissener Metall 15, Greppiner Werke 25, Ver. Glanzstoff Fabr. 22, Deutsche Wolle 16, Dommitzscher Ton 11, Breslauer Sprit 19, Keyling & Thomas 19, Hallesche Masch. 17, Anhalter Kohlen 15.

Niedriger: Fraustadt Zucker 23, Schalker Glas 54, Sangerhausener Spinnerei 25, Rockstroh & Schneider 11, Jul. Pintsch 11, Kronprinz Metall 14.

Essen, 2. Mai.

Kuxe in Mark:	Nachfr.	Angeb.		Nachfr.	Angeb.
Adler	37 250	39 000	Bernhardshall	2 300	—
Alte Haase	12 500	14 000	Burbach	57 000	60 000
Blankenburg	13 500	14 000	Carlsfund	—	23 000
Bruchd.-Hiefleben	36 000	39 000	Glückauf b. Sch.	60 000	62 500
Caroline	19 000	20 000	Hohenfels	29 500	31 500
Carolus Magnus	23 500	25 000	Hohenzollern	—	—
Ver. Constant. d. Gr.	207000	225000	Johannashall	14 700	15 400
Dorstfeld	—	—	Kaiseroda	—	—
Ewald	180000	190000	Neu-Stassfurt	65 000	67 000
Fröhl. Morgens.	58 000	61 000	Orange	—	—
Gottessegen	19 500	21 000	Siegfried	18 250	21 000
Graf Bismarck	190000	200000	Walbeck	21 500	22 500
Graf Schwerin	90 000	94 000	Wilhelmshall	—	36 000
Heinrich	26 500	—	Wintershall	270000	300000
Helene & Amalie	125000	128000	Aktien in %		
Joh. Deimelsb.	32 500	34 500	Deutsche Kaliw.	—	—,—
König Ludwig	181000	187000	Brauhaus Essen	130,—	—,—
Langenbrahm	40 000	42 500	Essen. Aktienbr.	335,—	350,—
Lothringen	—	—	Schalker Spiegel	800,—	—,—
V. Schürb & Ch.	—	—	Styrumer Eis.	—,—	—,—
Alexandershall	55 000	60 000	Hreding. Wagg.	410,—	420,—
Beisrode	—	41 000	Westd. Vers.-A.-B.	—,—	—,—

Valutamarkt.

Vom Berliner Devisenmarkt. Der Rückgang der Mark und die wenig erfreuliche politische Lage führte zu einer Versteifung der fremden Devisenkurse. Lebhaft begehrt waren vor allem Golddevisen und rumänische Noten. Im Freiverkehr notierten Auszahlung: Amsterdam-Rotterdam 23,30—32½, Brüssel-Antwerpen 51,8, Kopenhagen 12,00—5, Stockholm 15,50 bis 62½, Italien 31, London 263, New York 66—66¾, Paris 5,22—24, Schweiz 11,70, Wien (Deutsch-Oesterreich abgestempelt) 18¾, Prag 89⅝, Budapest 31, Bukarest 108, Polnische Noten 7¾, Rumänische Noten 106¾, Dollar 65¾, Agram ca. 48.

Basel, 3. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche Devise notierte heute im freien Verkehr 8,55 G und 8,65 B (8,75 G und 8,85 B).

Zürich, 3. Mai.

	3. 5.	2. 5.		3. 5.	2. 5.
Berlin	8,77½	8,52½	Italien	27,55	27,22½
Wien	1,70	1,50	Brüssel	44,55	44,00
Prag	7,92½	7,75	Kopenhagen	103,00	103,50
Holland	199,[illegible]	200,15	Stockholm	134,00	133,00
New York	5,67	5,66½	Christiania	88,00	88,00
London	22,53	22,57	Madrid	79,00	79,25
Paris	44,50	43,95	Buen. Aires	—	185,00

Budapest 285,00 (235,00). Bukarest 9,30 (9,25).

Wien, 3. Mai.

	3. 5.	2. 5.		3. 5.	2. 5.
Berlin	949,00	985,00	London	24,30	25,60
Amsterd.	215,00	227,25	Paris	47,80	49,97½
Kopenh.	114,00	117,75	Zürich	107,25	113,37½

Prag, 3. Mai.

	3. 5	2. 5.
Berlin	111,75	110,75
Marknoten	111,75	110,75
Wien	11,15	10,90

Amsterdam, 3. Mai.

	3. 5.	2. 5.		3. 5.	2. 5.
Berlin	4,35	4,37½	Paris	22,55	22,02½
Wien	0,81	0,77½	Christia.	44,40	44,40
Schweiz	50,51	50,10	Brüssel	22,55	22,05
Kopenh.	51,70	51,60	Madrid	39,75	39,75
Stockh.	67,10	66,90	N. York	283½	283
London	11,28½	11,29½	do. teleg.	284	284
Rom	13,87½	13,17			

London, 3. Mai.

	3. 5.	2. 5.		3. 5.	2. 5.
N. York	398½	2840	Amsterd.	11,28½	3,97½
Paris	49,75½	51,00	Berlin	259,50	—,—
Brüssel	49,83	22,50	Schweiz	22,50	11,28½
Mailand	81,12	267,75	Spanien	28,43	82,37

Privatdiskont 6½.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse vom 4. Mai.

Nichtamtl. Preise, 50 kg ab Stat.:

	4. 5. ℳ		4. 5. ℳ
Vikt.-Erbsen	130—150	Leinkuchen	130—145
do. klein	—	Mohn	—
Futtererbsen	105—120	Senfsaat	—
Linsen	—	Steff.-Schnitz.	80—83
Peluschken	90—101	Zuck.-Schn. br.	—
Ackerbohnen	100—110	do. weisse	130—145
Wicken	65—85	Trock.-Schnitz.	58—61
Mais, fr. Kaiwag.		Torfmelasse	42—45
Hamb. lok. Bhn.	—	Heu, ges. u. trock.	18—20
do. März	—	do. gut	21—23
do. April	—	Kleehen	—
do. Mai	—	Stroh, drahtgpr.	17½—19
Lupinen, blau	40—43	do. gebünd.	16—17
do. gelb	45—58	Roggenlangstr.	—
Serradella, neue	48—50	Haferstroh, drahtgepresst	—
Raps	190—200	Runkelrüben	—
Rübsen	—	Kohlrüb., weiss	—
Leinsaat	200—230	do. gelb	—
Rapskuchen	51—70		

Mais (Preise um 1½ Uhr) lose frei Kaiwagen Hamburg Plata bahnstehend 122 ℳ, Mai 114 ℳ, Mixed bahnstehend 117 ℳ, Mai 109 ℳ, Golfox bahnstehend 117 ℳ. Bezugscheine weisse 33½—35½ ℳ, rote 21½—22½ ℳ.

Der Produktenmarkt zeigte nicht auf allen Gebieten gleichmässige, aber doch überwiegend feste Haltung. Die undurchsichtige politische Lage mit ihren möglichen Einflüssen auf die Wirtschaftslage trägt wohl mit zur Vorsicht der Verkäufer bei. Mais war gestern abend in La Plata-Ware wieder vermehrt gefragt, und heute bestand nach Scheinen verstärkte Frage, so dass die Preise wieder höher gingen. Weniger änderte sich die Bewertung von bahnstehendem Mais, von dem es an Angebot nicht mangelt. Das Konsumgeschäft in Mais ist ruhig. Von Hülsenfrüchten sind gute Viktoriaerbsen andauernd viel gefragt und ziehen weiter im Preise an. Futtererbsen haben besonders ein reges Platzgeschäft. In anderen Hülsenfruchtarten hat sich nicht viel geändert. Lupinen und Serradella sehr lustlos. Oelsaaten sind knapp und vorkommend für hier zu hoch gehalten. Oelkuchen und Schnitzel gut behauptet. Rauhfutter weiter ruhig.

Berliner Metallbörse vom 4. Mai.

Preise für 100 kg in Mark.

	4. 5.	2. 5.
Elektrolytkupfer (Vereinsnot.)	1900	1871
Raffinadekupfer (99—99,3 %)	1560—1575	1525—1550
Hüttenweichblei	540—545	530—540
Hüttenrohzink (Synd.-Preis)	—	—
do. (im freien Verkehr)	640	630—640
Remelted Plattenzink	410	400
Hüttenaluminium (98—99 %)	2550	2500—2550
do. in Walz- od. Drahtbarren	2650	2600—2650
Bankazinn	4750	4750
Straitszinn	4625	4600
Australzinn	4600	4575
Hüttenzinn (99 %)	4375	4350
Reinnickel (98—99 %)	4000	4000
Antimon (Regulus) 99 %	675	650—675
Silber (1 kg 900 fein)	1020—1030	995—1005

Amsterdam, 3. Mai. Kaffee Santos Mai 27½, Robusta Mai 24½ Gulden.

Bremen, 3. Mai. Baumwollpreis 19,75 ℳ per Kilo.

Frachtenmarkt. Hamburg, 2. Mai. Allgemeines: Das Exportgeschäft in amerikanischen Kohlen hat infolge des Scheiterns der Verhandlungen im englischen Bergarbeiterstreik zu besseren Raten wieder eingesetzt und ist auch von La Plata ein anhaltend fester Ton gemeldet. — Markt-Notierungen: La Plata nach England und dem Kontinent. Getreide: 43/3 Juni, 41/3 später. Norddem Kontinent. Getreide 43/9 Juni, 41/3 später. Nordamerika—Westitalien: Kohlen 6 $. — Karachi-England: Getreide 20/—. — Huelva—London: Erz 8/—. — Ost- und Nordsee: Emden—Königsberg 55 M, Tyne—Hamburg kein Geschäft, Narvik—Emden 90 M. (Deuterz).

Wochenbericht, Häute. Hamburg, 29. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Markt bleibt ruhig aber fest. Die Lebhaftigkeit der vergangenen Woche hat nachgelassen; höhere Preise, die vom La Plata verlangt werden (für Salzhäute) will man nicht bewilligen. Eine Veränderung in der allgemeinen Lage ist nicht eingetreten.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, 3. Mai.
Devisen- und Geldmarkt.

	3. 5.	2. 5.		3. 5.	2. 5.
Tägl. G.	7 %	7 %	Berlin,		
Cable Tr.	397,50	396,37	Schluss	1,52	1,54
Wechsel			höchster	—	1,54½
London			niedr.	—	1,53
(60 Tage)	393,00	391,00	Silber		
Paris	7,94	7,85	ausländ.	61½	61½
Amsterd.	35,15	35,10	inländ.	99½	99½

Chefredaktion: Rudolf Cuno. — Verantwortliche Redakteure: Für Innere Politik: Carl Karsten. Für Auswärtige Politik: O. G. v. Wesendonk. Für das Feuilleton: Otto Gysae. Für den Volkswirtschaftlichen Teil: Gustav Wehnert. Für den lokalen Teil: Dr. Rudolf Brook. Für den Sportteil: Jenö v. Egan-Krieger. Für den übrigen Teil des Blattes: Dr. Hans Simon. Für den Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Paul Dost. Sämtlich in Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30-32

Kurszettel vom 4. Mai 1921

Umrechnungssätze: 1 Lstrl.=20,40 M., 1 Doll.=4,20 M., 1 Rbl.=2,16 M., 1 Goldrbl. (alt. Gldr.)=3,20 M., Slbrbl. (alt. Kred.)=2,16 M., 7 fl. sdd. Währ.=12 M., 1 fl. östr. Währ. u. 1 fl. Silb.=1,70 M., 1 östr. Goldg.=2 M.

1 Krone östr.-ung. Währ.=0,85 M., 1 Gld. holl. Währ.=1,70 M., 1 F. oder 1 Lira oder 1 Peseta oder 1 Leu=0,80 M., 1 skandinavische Kron.=1,12½ M., 1 Peso (Gold)=4 M., 1 Peso (argentin. Papier)=1,75 M.

v=vorgeschl. Dividende

Amtliche Wechselkurse

Bank-Disk.	Devisen	4. 5. Geld	4. 5. Brief	3. 5. Geld	3. 5. Brief
5	Reichsbank-Disk.				
4½	Holland . . Guld.	2335,50	2339,50	2295,50	2299,50
5½	Belgien . . Frk.	521,95	523,05	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Laufende Kassa-Notierungen nach amtl. Feststellung — [illegible]

Einheitskurse — [illegible]

Eisenb.-Akt. u. St.-Pr. — [illegible]

Kleinbahn-Aktien — [illegible]

Schiffahrts-Aktien — [illegible]

Bank-Aktien — [illegible]

Brauereien — [illegible]

Industrie-Obligationen — [illegible]

Kolonial-Werte — [illegible]

Industrie-Papiere — [illegible]